



# Ländlicher Raum

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.



■ Interview mit dlw-  
Präsidentin Erika Lenz

■ Reform der  
Landwirtschaftlichen  
Sozialversicherung

■ Qualitätssicherung auf  
Kinderbauernhöfen

[www.asg-goe.de](http://www.asg-goe.de)

# Realisieren Sie Ihre Visionen & Ideen!

## Gestalten Sie mit!

### ... und werden Mitglied in der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Durch eine Mitgliedschaft unterstützen Sie unsere Arbeit und helfen, die Zielsetzungen der ASG umzusetzen. Jedes Mitglied bereichert durch das Einbringen seiner Meinung und seiner Erfahrungen die Arbeit und Bedeutung der ASG. Mit Ihrer Mitgliedschaft tragen Sie dazu bei, Kräfte zu bündeln und den Stellenwert von ländlichen Räumen zu stärken.

## Vielfalt ist eine wichtige Säule der ASG.

### [Vorteile]

- kostenloser Bezug unserer Zeitschrift „Ländlicher Raum“ (sechs Ausgaben pro Jahr)
- ermäßigte Tagungsgebühren bei den ASG-Frühjahrs- und -Herbsttagungen
- ermäßigte Kosten für den Bezug der von uns herausgegebenen Schriften
- Mit uns bleiben Sie agrarpolitisch und praxisbezogen auf dem Laufenden

### [Kosten]

Der Jahresbeitrag für eine Mitgliedschaft ist steuerbegünstigt und beträgt für:

- |                                       |          |
|---------------------------------------|----------|
| ■ persönliche Mitglieder              | 72,00 €  |
| ■ korporative Mitglieder [mindestens] | 144,00 € |
| ■ Studenten/-innen                    | 36,00 €  |

### [Mitgliedsanträge]

- unter [www.asg-goe.de/mitgliedschaft.shtml](http://www.asg-goe.de/mitgliedschaft.shtml) oder per Post bei der
- Agrarsozialen Gesellschaft e.V.  
Kurze Geismarstraße 33, 37073 Göttingen,  
Fon (0551) 49 70 90, Fax (0551) 49 70 916,  
E-Mail [info@asg-goe.de](mailto:info@asg-goe.de)

## ASG

- 2 Programm der ASG-Frühjahrstagung 2007
- 4 Blick über die Grenze: Hofübergabe in Dänemark
- 7 Reform der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung
- 11 Ergebnisse eines ASG-Projekts:  
Qualitätskriterien für Kinderbauernhöfe gewinnen an Bedeutung

## Agrarpolitik

- 14 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Gute Karten
- 16 EU-Regionalpolitik für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013

## Landwirtschaft

- 22 Umsetzungsorientierte Agrar- und Ernährungsforschung
- 26 Förderpreis Ökologischer Landbau
- 30 Landwirtschaft in Rumänien – Chancen durch Ökolandbau
- 35 Landwirtschaftliche Kleinerzeugung in Mecklenburg-Vorpommern
- 38 Zukünftige Ressortforschung des BMELV an vier Bundesforschungsinstituten

## Ländlicher Raum

- 39 Interview mit Erika Lenz: Frauen tragen die ländliche Entwicklung
- 42 Die Förderung des Landtourismus in Sachsen

## Termin

- 46 Tag der Regionen „regional und fair“ am 30. September 2007

## Personalien

- 47 BLK verabschiedet Willi Siebert, Nachfolger ist Eckhard Stüwe

## Für Sie gelesen

- 47 Unterm Strich – Erbschaften und Erblasten für das Deutschland von morgen
- 48 Tatort Wald

## Für Sie gesurft

- 48 [www.landleben-aktiv.de](http://www.landleben-aktiv.de)

## Innovative Ansätze in der ländlichen Entwicklung Deutschland • Dänemark • Finnland

### Mittwoch, 9. Mai 2007

17.00 Uhr **Begrüßungsempfang der Landesregierung Schleswig-Holstein**  
Ministerpräsident Peter Harry CARSTENSEN  
Schloß Gottorf, Schleswig

### Donnerstag, 10. Mai 2007

8.30 – 16.00 Uhr **Impulse für Nachhaltigkeit, Wachstum und Innovation –  
Angepasste Strategien und Konzepte in der ländlichen Entwicklung**  
Ebbe JENSEN, Tønder, Sønderjylland, Dänemark (angefragt)  
Sakari ÄNGESLEVÄ, Head of the rural unit, T&E Keskus, Seinäjoki, Finnland

**Frauen als Gestalterinnen der ländlichen Entwicklung**  
Erika LENZ, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes e.V.

**Impulse für Nachhaltigkeit, Wachstum und Innovation –  
Angepasste Strategien und Konzepte in der ländlichen Entwicklung**  
Dr. Christian VON BOETTICHER,  
Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein

**Podiumsdiskussion:  
Ländliche Entwicklung – Neuausrichtung für zukünftige Anforderungen**

**Dr. Christian VON BOETTICHER**  
Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein

**StS. Dr. Hermann Onko AEIKENS**, Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes  
Sachsen-Anhalt; Mitglied des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

**MinDirig. Dr. Theodor WEBER**, Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten;  
Mitglied des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

**Prof. Dr. Eero UUSITALO**  
Leiter des Referats Ländlicher Raum, Generalsekretär, Finnische Staatsregierung

**Dr. Norbert LANGFELDT**, Bürgermeister und Amtsvorsteher Preetz-Land

**Moderation: Carsten KOCK**, Radio Schleswig-Holstein (R.SH)

Gefördert durch:



Ministerium für Landwirtschaft,  
Umwelt und ländliche Räume  
des Landes Schleswig-Holstein



**Freitag, 11. Mai 2007, und Samstag, 12. Mai 2007****Exkursion A (zweitägig)\*: Ländliche Entwicklung in Südtondern (Schleswig-Holstein) und Südjütland (Dänemark)**

- MarktTreff Medelby – Lebensmittel, Dienstleistungen und Treffpunkt für alle im Dorf
- Projekte um Nolde – kulturelles Highlight als Zugpferd für die Tourismusentwicklung in der Region
- Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog – Landgewinnung, Landwirtschaft und Strukturwandel, erster Bürgerwindpark in SH und Zukunft des Küstenschutzes
- Charlottenhof – Umnutzung zum regionalen Kultur- und Tagungshaus
- Rickelsbüller Koog – Naturschutz, Küstenschutz und Tourismus in der deutsch-dänischen Grenzregion
- Kommune Tønder – Erste Erfahrungen und Perspektiven mit der Kommunalreform in Dänemark
- Bedeutung des grenzüberschreitenden Tourismus für die Wirtschaft in der Region
- Zusammenarbeit von Künstlern und Kunsthandwerkern an der Wattenmeerküste
- LEADER+-Projekte in Südjütland – Synergien durch Vernetzung
- Dorfentwicklung in der ländlichen, dänischen Kommune Ravsted

\* Eine Übernachtung in Dagebüll (11./12.05.2007)

**Freitag, 11. Mai 2007****Exkursion B (eintägig):****Land- und Ernährungswirtschaft in Südjütland (Dänemark)**

- Verarbeitung ökologischer Produkte – die Öko-Genossenschaftsmolkerei Naturmælk
- Perspektiven in der dänischen Landwirtschaft – Milchviehbetrieb Ole Hollænder
- Regelung und Erfahrungen bei der Hofnachfolge in Dänemark
- Situation der deutsch-dänischen Minderheit
- Große Vielfalt bei der Produktion – Demeter-Betrieb Günter Lorenzen
- Einkommenskombination in der Landwirtschaft durch Agrotourismus und Direktvermarktung

**Exkursion C (eintägig):****Ländliche Entwicklung in der Schleiregion**

- Historisches Tor nach Skandinavien - das Danewerk bei Schleswig
- Schleiboot – wirtschaftliche Entwicklung durch Zusammenarbeit maritimer Betriebe
- Yacht- und Bootswerft Matthias Paulsen, Arnis – klassischer Bootsbau in Mahagoni
- Typische historische Bauweisen an der Schlei – Flächendenkmal Sieseby
- LEADER+-Projekt Schlei Ostsee GmbH – schlagkräftiges Marketing durch Vernetzung
- Café, Hotel, Kunsthandwerk:  
Café Krog in Ulsnis – Existenzgründung und Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude
- Leben und Arbeiten in einer maritimen Landschaft – Fischerfamilie Jörn Ross

---

**Ausführliches Programm und Anmeldung****Agrarsoziale Gesellschaft e.V.**

Kurze Geismarstr. 33  
37073 Göttingen

Fon (0551) 4 97 09 - 0  
Fax (0551) 4 97 09 - 16

E-Mail: [info@asg-goe.de](mailto:info@asg-goe.de)  
[www.asg-goe.de](http://www.asg-goe.de)

**Blick über die Grenze:**

## Hofübergabe in Dänemark

**Ungeklärte Hofübergaben und fehlender Nachwuchs in der Landwirtschaft werden zunehmend auf europäischer Ebene diskutiert. Auch die Universität Kassel hat in einem Forschungsvorhaben Bedingungen zur Hofübergabe und zur Existenzgründung in der Landwirtschaft in Deutschland sowie den Nachbarländern Dänemark und Frankreich untersucht. Da im Rahmen der ASG-Frühjahrstagung im Mai 2007 zwei Exkursionen nach Dänemark führen werden, sollen vorab die Besonderheiten der dänischen Modalitäten der Hofübergabe vorgestellt werden.<sup>1</sup>**

**D**ie dänische Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in einem enorm beschleunigten Prozess spezialisiert und intensiviert. Mit rund 10 % ist der Strukturwandel dreimal so hoch wie in Deutschland. Die traditionell eher unbedeutende Gruppe der Nebenerwerbsbetriebe stellt heute mit 62 % der Betriebe die Mehrheit dar, der wesentliche Teil der Produktion liegt jedoch in den Händen eines Drittels der Betriebe, welche sich auf Schweinemast bzw. Milcherzeugung spezialisiert haben.

Landwirtschaftliche Familienbetriebe werden in Deutschland üblicherweise an einen Hofnachfolger aus der Familie übergeben oder aufgegeben. Übergaben an

Familienfremde und landwirtschaftliche Existenzgründungen außerhalb der Erbfolge sind eher selten. Dänemark weist dagegen eine Reihe von Besonderheiten bei der Hofnachfolge auf. Zwar werden die Höfe auch in Dänemark entweder zu Lebzeiten oder in der Erbfolge an die nachfolgende Generation übergeben – in beiden Fällen unterscheidet sich die Hofübergabe jedoch von der deutschen. Klare Übergaben von Verantwortung mit Trennung von Wohnung und Hof scheinen in Dänemark selbstverständlicher zu sein als in Deutschland, und auch das Leitbild eines freien Unternehmertums in der Landwirtschaft hat sowohl Konsequenzen für die Bindung an den Betrieb als auch für die staatliche Förderung.

### Hofübergabe per Kaufvertrag

In Dänemark gibt es nur geringe Unterschiede zwischen der Hofübergabe innerhalb der Familie und der Übergabe an Familienfremde: In beiden Fällen erfolgt die Übertragung auf der Basis eines Kaufvertrages. Bei der Abgabe des Betriebes bezahlt die übernehmende Generation den Verkehrswert. Innerhalb der Familie wird dieser etwas modifiziert, d. h. der Hofnachfolger muss nicht den gesamten Wert bezahlen, ggf. sind auch Schenkungen enthalten. Wesentlich aber ist, dass die Übertragung innerhalb der Familie nicht anders vollzogen wird als ein Verkauf auf dem freien Markt. Die Begriffe „Hoferbe“, „weichen der Erbe“ oder „Altenteiler“ sind

<sup>1</sup> Dr. Andrea Fink-Keßler, Büro für Agrar- und Regionalentwicklung: „Hofübergabe und Existenzgründung in Dänemark“, in: Förderung von Existenzgründungen in der Landwirtschaft, Universität Kassel, FB 11 – Ökologische Agrarwissenschaften, Fachgebiet Landnutzung und Regionale Agrarpolitik



daher in Dänemark unbekannt. Die dänischen Junglandwirte müssen mit einem für deutsche Verhältnisse hohen Kapitaldienst wirtschaften.

Die Übertragung durch Erbfolge wird für landwirtschaftliche Betriebe gesondert geregelt. Demnach kann der Erblasser ohne Rücksicht auf den Pflichtteil über seinen Hof durch letztwillige Verfügung bestimmen (erweiterte Testierfreiheit) und dabei auch die Abfindung der übrigen Erben festlegen. Er darf dabei den Wert des Hofes erheblich unterhalb des Verkehrswertes ansetzen (WINKLER 1991). Eine Besonderheit des dänischen Erbrechtes besagt, dass ein Erbfall erst nach dem Tod beider Ehepartner eintritt. Liegt kein Testament vor, werden Hof und Vermögen auf alle Geschwister verteilt und der Hofnachfolger genießt keine Vorzüge. Der Hof geht nicht in den Nachlass ein, wenn er zuvor an den Sohn/die Tochter verkauft wurde.

### Alterssicherung für Landwirte

Die Übergabe eines Hofes innerhalb der Familie erfolgt meist zu einem relativ frühen Zeitpunkt, d. h. oftmals vor Eintritt des Rentenalters des Altbauern. Daraus ergeben sich mehrere Konsequenzen:

- Der Altbauer erhält Vermögen aus dem Hofverkauf.

- Er erhält ab einem Alter von 67 Jahren – wie jeder andere in Dänemark auch – eine Grundrente. Die Altersgrenze wird demnächst auf 65 herabgesetzt. Jeder bekommt diese Grundrente, auch beispielsweise Deutsche, die 35 Jahre in Dänemark gelebt und gearbeitet haben. Sie ist nicht hoch, stellt jedoch eine Art Basissicherung dar.

- Zusätzlich bezahlen Landwirte in private Versicherungen ein oder sparen anderweitig. Auf diesem Wege wird Vermögen aus dem Betrieb entnommen und steht nach dem Verkauf des Hofes für die Alterssicherung zur Verfügung.

- Anders als in Deutschland können Landwirte in eine Arbeitslosenversicherung bzw. -kasse für Selbstständige und Gewerbetreibende einzahlen. Wenn sie arbeitslos werden, z. B. wenn sie den Hof vor Eintritt des Rentenalters verkaufen, können sie Leistungen aus dieser Arbeitslosenversicherung beanspruchen. Für alle gilt: wer in dieser Arbeitslosenkasse ist, bekommt ab dem 60. Lebensjahr eine „Lohnfortzahlung“ bis zum Eintritt in das Rentenalter. Während sich die Bauern früher nicht an dieser Versicherung beteiligen wollten, zahlen heute alle ein.

### Übernahme durch die nächste Generation

Die aus Deutschland vielfach bekannte Situation, dass die Altbauern den Nachfolger jahrelang im Unklaren darüber lassen, ob er den Betrieb bekommt oder nicht, ist in Dänemark unbekannt. Derjenige, der einen Hof bewirtschaften möchte, kauft einen Hof. Können sich die Eltern nicht für eine Abgabe entscheiden, wird ein anderer Betrieb gekauft. Der elterliche Hof hat dann u. U. keinen Nachfolger.

Unüblich ist, dass Vater und Sohn gemeinsam wirtschaften oder eine GbR gründen. Bei gut laufenden Betrieben kann es vorkommen, dass der Vater in den letzten Jahren gemeinsam mit dem Sohn den Betrieb ausbaut und für die Übergabe vorbereitet. Der Vater puffert damit indirekt die schwierigen Jahre des Starts ab. Da der Hof an den Sohn grundsätzlich zum Verkehrswert verkauft wird, gibt es keine Erbansprüche der Geschwister.



### Hofübergabe an Familienfremde häufiger als in Deutschland

Will niemand aus der Familie den Hof kaufen – dies betrifft heute sogar große und schöne Höfe, die sich seit langem im Familienbesitz befinden –, wird der Hof meist von einem benachbarten Landwirt gekauft. Auch Deutsche oder Holländer kaufen vielfach die Höfe. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und liegen nicht nur darin, dass die heute funktionsfähigen Betriebseinheiten (und damit auch der Kapitalbedarf für eine Übernahme) sehr groß sind. So nimmt auch in Süddänemark die Bindung an die Familientradition ab. Die freie Berufswahl steht im Vordergrund. Unter der deutschen Minderheit hat die Bindungstradition an den Hof länger angehalten als anderswo.

In jedem Wochenblatt werden regelmäßig Höfe zum Verkauf angeboten. Ein Verkauf ist üblich und wird nicht als Versagen betrachtet. Der Hofverkauf außerhalb der Familie kann rein ökonomische Gründe haben, z. B. dass der Hof überschuldet und nicht entwicklungsfähig ist. Auch die Entscheidung von Bauern, den Hof im Alter von 40 oder 50 Jahren nicht weiter zu führen, ihn zu verkaufen und eine andere Arbeit anzunehmen, wird von der Gesellschaft

akzeptiert. Dennoch bleibt der Hofverkauf außerhalb der Familie für die abgebende Generation weiterhin eine schwierige Entscheidung und ist mit Trauer verbunden.

### Zurückhaltende Förderung

Da die Übernahme von Betrieben durch Kauf erfolgt, müssen alle dänischen Junglandwirte mit einem hohen Anteil an Fremdkapital arbeiten. Die Banken scheinen auf diese Situation eingestellt zu sein. Wenn „übliche“ Betriebsformen gewählt werden und das Betriebskonzept überzeugend ist, kann auch mit einem geringen Eigenkapitalanteil eine Existenzgründung vollzogen werden. Atypische und Nischenbetriebe haben in Dänemark Schwierigkeiten, ihr Betriebskonzept in gleichem Maße finanzieren zu lassen, weil dafür bei den Banken das Verständnis fehlt.

Die staatliche Förderung von Junglandwirten beschränkt sich im Wesentlichen auf die Vergabe von günstigen Krediten sowie Ausfallbürgschaften. Hervorzuheben ist die „Hilfe zur Kapitalansparung“. Dabei können abhängig Beschäftigte einen Teil ihres Gehalts steuerbegünstigt ansparen, wenn sie damit bei der Existenzgründung Investitionen tätigen.

Allerdings ist das angesparte Kapital nicht allein entscheidend, es wird lediglich als Indiz dafür gewertet, wie ernsthaft die Absichten des Neueinsteigers sind. Wichtig ist es hingegen, die Bank von der fachlichen Qualifikation des Antragstellers zu überzeugen.

### Weitere Informationen zum Projekt „Förderung von Existenzgründungen in der Landwirtschaft“:

Dr. Frieder Thomas  
Universität Kassel FB 11 –  
Ökologische Agrarwissenschaften  
Fachgebiet Landnutzung und  
Regionale Agrarpolitik

### Literatur

Winkler, W. (1991): Das landwirtschaftliche Erbrecht im westlichen Europa. In: Berichte über Landwirtschaft 69, S. 517-542

## Reform der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung

Leo Blum\*

### Reform aller Sozialversicherungssysteme notwendig

Die Reform der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung ist im Zusammenhang mit der Reform aller sozialen Sicherungssysteme zu sehen. Kern des Problems ist schon heute und besonders in Zukunft, dass wir es in Deutschland mit einem umlagefinanzierten sozialen Sicherungssystem zu tun haben. Insofern bekommen die sozialen Sicherungssysteme die gleichen Probleme, wie sie die Landwirtschaftliche Sozialversicherung schon seit Jahrzehnten – bedingt durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft, aber auch aufgrund der demografischen Entwicklung und des medizinisch-technischen Fortschritts – hat. Problematisch stellt sich die Situation dadurch dar, dass die Zahl der aktiven Beitragszahler abnimmt. Dagegen nimmt die Zahl derjenigen, die sich in der Ausbildung oder in Rente befinden, stetig zu, wodurch der Zeitraum, über den aktiv in umlagefinanzierte Systeme einzahlt wird, immer kürzer wird.

### Landwirtschaftliche Krankenversicherung (LKV)

In der gesetzlichen Krankenversicherung war die Gesundheitsreform vor diesem Hintergrund notwendig. Ich bin der Meinung, dass es sich hier lediglich um ein Operieren an Symptomen handelt. Diese Gesundheitsreform gibt keine Antwort auf die von mir genannten Aspekte der demografischen Entwicklung und des medizinisch-technischen Fortschritts. Sie zeigt lediglich Ansätze, wie die Beiträge in Zukunft gestaltet werden. Zwar ist die Landwirtschaft nicht direkt von der Gesundheitsreform betroffen, jedoch indirekt in Bezug auf Veränderungen im Leistungsbereich und auf die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungen ab 2009 durch den Gesundheitsfonds. Denn bis dahin soll geklärt werden, wie die beitragsfrei Versicherten, im Besonderen die Kinder, dann finanziert werden. Geplant ist, dass die Kinder in dem neuen Gesundheitsfonds aufgrund von Finanztransfers des Bundes beitragsfrei mit-



Fotos: M. Busch

versichert sind. Ein großes Problem ist aber, dass dies dann nicht für die Landwirtschaft gelten soll, weil die LKV an diesem Fonds nicht beteiligt sein wird. Gerade die Landwirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten durch den Strukturwandel viele ihrer bisherigen Beitragszahler und deren Kinder freigestellt, die heute in andere soziale Sicherungssysteme einzahlen. Damit wurde das eigene umlagefinanzierte landwirtschaftliche soziale Sicherungssystem geschwächt.

Bundesminister Seehofer hat in Abstimmung mit Bundesministerin Schmidt zugesagt, bis Einführung des Gesundheitsfonds in 2009 für die Landwirtschaft eine vertretbare Lösung zu schaffen.

\* Aus Anlass der Vorstands- und Kuratoriumssitzung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. am 15. März 2007 in Frankfurt/M. hielt Leo Blum, Vorstandsvorsitzender der Spitzenverbände der landwirtschaftlichen Sozialversicherung und Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau, einen Vortrag zur Landwirtschaftlichen Sozialversicherung.

## Landwirtschaftliche Alterssicherung

Die Landwirtschaftliche Alterssicherung, die in diesem Jahr 50 Jahre alt wird, ist unproblematisch. Die Einführung der Landwirtschaftlichen Altershilfe in 1957 war immer nur als eine Grundabsicherung zu sehen. Dessen waren wir uns von Anfang an bewusst und bei vielen Diskussionen, die wir mit Bauern führen, wird die Landwirtschaftliche Altershilfe auch heute noch als Grundabsicherung anerkannt. Darauf hat sich die Landwirtschaft eingestellt und mehr wird auch nicht erwartet, weil wir alle sehen, wie die Situation in der allgemeinen Rentenversicherung ist. Würde die Landwirtschaftliche Alterssicherung in das allgemeine Rentenversicherungssystem überführt, wäre die Frage des Beitragsmaßstabes sicherlich sehr problematisch.

Mit dem Agrarsozialreformgesetz von 1995 ist die Landwirtschaftliche Altershilfe in vielen Bereichen der allgemeinen gesetzlichen Rentenversicherung gleichgestellt, womit wir auch zufrieden sind. Nach wie vor ist die Landwirtschaftliche Alterssicherung im Beitrags-Leistungs-Verhältnis immer noch 10 % günstiger als die allgemeine gesetzliche Rentenversicherung, hat aber eine Auflage: Der Landwirt muss bei Erreichen des Rentenalters die Hofabgabe vollziehen, darf also keine unternehmerische Tätigkeit mehr ausüben, was es in den anderen Rentenversicherungssystemen in der Form nicht gibt.



Obwohl es auch heute noch Gegenstimmen gibt, war die Einführung der Bäuerinnenrente m. E. doch grundsätzlich eine gute Sache. Diskussionen gibt es vor allem bei der Ehegattenregelung, wenn der Mann z. B. Nebenerwerbslandwirt ist und die Ehefrau Mitglied in der Landwirtschaftlichen Alterskasse und der Krankenkasse sein muss.

## Landwirtschaftliche Unfallversicherung (LUV)

Das Sorgenkind in der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung ist die Unfallversicherung. Wenn ich zum Thema Landwirtschaftliche Sozialversicherung rede, dann schlägt mir häufig entgegen, diese aufzulösen und in die gesetzliche Unfallversicherung zu integrieren.

Das Problem ist aber, dass gerade die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft keiner haben will, weil die anderen Unfallversicherungsträger ihre eigenen Probleme nicht noch mit denen der Landwirtschaft verschärfen wollen. Erschwerend ist bei allen Betrachtungen, dass es sich bei der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung in erster Linie um eine Arbeitnehmer- und Unternehmensversicherung handelt.

Zur Reform der gesetzlichen Unfallversicherung ist eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt. Ziel ist es, die gesetzliche Unfallversicherung bis Ende des Jahres 2007 zu reformieren. Insbesondere ging es von Seiten der Bundesregierung darum, die Zahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften von einst 35 und gegenwärtig 26 auf etwa 6 zu konzentrieren. Ein Kompromiss sieht vor, dass bundesweit 9 gewerbliche Unfallversicherungen erhalten bleiben. Dies hängt mit den sehr unterschiedlichen Strukturen zusammen. Der Vorschlag der Politik ist,

für die Zukunft die Leistungen im Bereich der Unfallversicherungen zielgenauer zu gestalten. Es wird darüber nachgedacht im Bereich der Erwerbsminderungsrenten einen Gesundheitsschadensausgleich zu leisten, wenn keine Erwerbsminderung vorliegt. Auch wer über 65 ist, soll in Zukunft keine Erwerbsminderungsrente mehr erhalten. Diese beiden Bereiche könnten für die Unfallversicherung große Einsparungen bringen.

In Bezug auf die LUV haben wir uns mit dem Deutschen Bauernverband (DBV) verständigt, dass die Landwirte als Unternehmer bereit sind, auf bestimmte Leistungen im Bereich der Unfallversicherung zu verzichten. Wir haben gemeinsam viele Vorschläge gemacht, die aber nur teilweise umgesetzt wurden. Die Vorschläge gelten nur für zukünftige Leistungen, denn bestehende Leistungen haben Bestandsschutz.

Seitens des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) gibt es große Bestrebungen, die Zahl der Landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger auf einen Träger zu reduzieren. Wegen der unterschiedlichen Strukturen in Deutschland gibt es sowohl Befürworter als auch starke Gegner. Wir haben in Bezug auf Beitragsbelastungen ein starkes Nord-Süd- sowie ein starkes Ost-Süd/Süd-West-Gefälle. Dem möchte der Bund bei dieser Gelegenheit durch eine Art internen Finanzausgleich entgegenzutreten. Allerdings vertritt der DBV die Ansicht, dass die Organisationsreform nicht oberstes Ziel einer Reform der sozialen Sicherungssysteme sein kann. Zuerst muss der Bund die finanzielle Seite regeln, dann können wir über Organisationsreformen für die Zukunft nachdenken.

**Für den Berufsstand sind fünf Punkte für die Weiterentwicklung der Unfallversicherung von entscheidender Bedeutung:**

### 1. Bund muss Defizit-Haftung übernehmen

Es kann nicht sein, dass der Bund Reformen vorsieht, aber sich immer mehr aus der politischen und finanziellen Verantwortung herauszieht und das strukturwandelbedingte Defizit nicht ausgleicht. Es war immer Aufgabe der Bundesregierung dafür Sorge zu tragen, für strukturwandelbedingte Probleme und Defizite einen direkten Ausgleich zu leisten. Dies gibt es auch in anderen Bereichen, wie z. B. in der gesetzlichen Rentenversicherung, die 80 Mrd. € im Jahr an Steuergeldern erhält.

Ich meine, wir haben einen Anspruch darauf, dass der Bund seinen Verpflichtungen nachkommt und die Defizit-Haftung sowohl bei Altershilfe und Krankenkasse als auch insbesondere bei den Unfallversicherungen in Zukunft eingeführt wird und dass dies gerade bei den Unfallversicherungen gesetzlich festgeschrieben wird. Der DBV erwartet, dass der Bund sich bei der jetzigen Rentenlast in Höhe von rund 400 Mio. € zumindest verpflichtet, 50 % zu übernehmen. Das wäre eine Leistung für den Bund, die sich in den nächsten Jahren durch stark abnehmende Rentenlast verringert.

### 2. Höhere Beitragsgerechtigkeit in der LUV

Der zweite Punkt betrifft die Beitragsgestaltung in der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung, die nicht mehr zeitgemäß ist. Als Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts die Unfallversicherung eingeführt hat, gab es wenig Möglichkeiten, Beiträge festzulegen, z. B. über Einkommensbescheide oder über Risikogruppen. Als Maßstab wurden damals die Fläche und die Qualität der Böden gewählt. Dieser Maßstab ist nicht mehr zeitgemäß, gilt aber im Großen und Ganzen – wenn wir von Niedersachsen, Schleswig-Holstein und neuerdings auch Nordrhein-Westfalen absehen – noch heute für die Beitragsgestaltung. Sowohl die Bundesregierung als auch der Deutsche Bauernverband haben deshalb den Selbstverwaltungsorganen der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung den Auftrag gegeben, eine neue Beitragsgestaltung zu erarbeiten. Klagen gibt es insbesondere von den Betrieben in den Börden mit hohen Hektarsätzen, die mit großen Maschinen auf großen Flächen arbeiten. Die Unfälle passieren dagegen verstärkt an den Hängen der Mittelgebirgsregionen, wo auch noch die Viehhaltung hinzukommt. Auch wenn dies für viele nicht mehr zeitgemäß ist, so heißt Sozialversicherung nach wie vor, dass eine soziale Komponente vorhanden sein muss. In Zukunft müssen der Arbeitsbedarf und die Risiken mehr Berücksichtigung finden. Die Träger haben die Aufgabe, dies zu initiieren. Wenn es allerdings beispielsweise im Sauerland oder in der Eifel zu Beitragssteigerungen von 300-400 % für den Einzelnen kommt, ist das nur schwer zu vermitteln. Die Frage ist, ob die Beiträge heute gerechter sind als früher. Neue Berechnungsgrundlagen werden im Laufe dieses Jahres in Süd- und Südwest-Deutschland eingeführt werden.

### 3. Neustrukturierung der Leistungsaufwendungen

Viele Leistungen, an die wir uns in der Vergangenheit gewöhnt hatten, müssen wir auf den Prüfstand stellen. Ich weiß, wie wichtig es ist, wenn ein Landwirtehepaar eine Altersrente von vielleicht 350 oder 400 € erhält sowie eine Erwerbsminderungsrente von 20 %, die im Monat ca. 150 € ausmacht. Diese kleine Erwerbsminderungsrente macht aber in der Summe aller Rentenaufwendungen in der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung ca. 50 % aus. D. h. das ist zwar für den Einzelnen sehr wenig, insgesamt vom Volumen her jedoch sehr viel. Wenn wir uns die Reform der allgemeinen Unfallversicherungen ansehen, aus der diese Bereiche herausfallen sollen und mit einem einmaligen Gesundheitsschadensausgleich abgegolten werden sollen, so wäre dies für die Zukunft auch eine große Entlastung für die LUV. Auch wer im Rentenalter auf dem landwirtschaftlichen Betrieb einen Unfall erleidet, erhält heute noch eine Erwerbsminderungsrente. Dies ist nicht mehr zeitgemäß.



#### 4. Unfallversicherung zukunfts-fähig

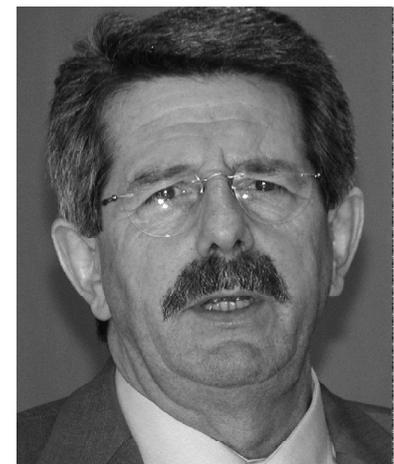
Der vierte Punkt ist, dass wir zwar an den strukturwandelbedingten Lasten in der Unfallversicherung nichts ändern können, die Unfallversicherung aber zukunfts-fähig machen müssen. Hierfür gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder es gibt in Zukunft bei den Renten eine Kapitaldeckung (Rentenwertumlageverfahren) oder – wie der Bund es vorsieht – eine Herauskaufaktion von Kleinstrenten. Das wäre vom Ansatz her eine gute Sache und insofern meine ich, müssen wir uns diesen beiden Bereichen zuwenden. Ich habe Landwirtschaftsminister Horst Seehofer kurz nach seinem Amtsantritt versucht klarzumachen, wie wichtig die Kapitaldeckung für uns wäre, damit wir nicht so sehr vom Strukturwandel betroffen sind, er hat dem zugestimmt. Seitens der Bundesverbände haben wir aufgezeigt – und mittlerweile gibt es auch Gutachten darüber – über welches Finanzvolumen wir reden. Es gibt auch versicherungsmathematische Berechnungen, die dies als einen möglichen Weg ansehen. Eine Idee von Minister Seehofer war die Privatisierung, die auch von vielen Landwirten favorisiert wird. Man kam sehr schnell zu dem Ergebnis, dass eine Privatisierung keinen Sinn macht, weil sie nicht kostengünstiger wird und Teile der Prävention gar nicht privat versichert werden können. Das größte Problem war, was mit den alten Lasten passieren soll. Da die Versicherungswirtschaft keine 400 Mio. € an alten Renten übernehmen kann, war dies kein Lösungsweg. So wurde wieder über Kapitaldeckung diskutiert und nun kommt ein ganz neuer Vorschlag vom Bund: Das BMELV will noch vor der Reform der Unfallversicherung, die ab Januar 2008 gelten soll, bis zum 01.07.2007 ein neues Vorschalt-

gesetz einbringen, mit dem insbesondere die Abfindung von Kleinstrenten umgesetzt werden soll. In diesem Vorschaltgesetz sollen nach Vorstellungen des Bundes vorübergehend Beschäftigte in der Landwirtschaft nicht mehr versichert sein. Das wäre eine Katastrophe für die Landwirtschaft, denn dann wären Personen, die in der Ernte oder bei Bedarf auf dem Betrieb aushelfen, nicht mehr über die landwirtschaftliche Unfallversicherung versichert. Diese Personen müssten dann privat versichert werden, was vergleichbar nicht möglich ist. Die Abfindungsaktion, die im Vorschaltgesetz vorgeschlagen wird, muss mit verbesserten Konditionen ausgestattet werden, damit sie auch von den infrage kommenden Rentenempfängern genutzt wird. Genutzt wurde sie vor einigen Jahren beim LSV-Träger in Bayreuth, wo diese Möglichkeit zu viel günstigeren Konditionen als die jetzt von der Regierung vorgeschlagenen angeboten wurden. Der jetzige Vorschlag des BMELV beinhaltet Altrenten in Höhe von 100 Mio. für 650 Mio. € herauszukaufen.

Für mich liegt die Zukunft nach wie vor in der Kapitaldeckung. Es gibt auch die Möglichkeit des Rentenwertumlageverfahrens, bei dem nicht der komplette Kapitalstock auf einen Schlag eingezahlt würde. D. h., dass derjenige, der jetzt im Arbeitsleben steht, für seine zukünftigen Rentenansprüche einzahlt. Damit wäre das Umlagesystem aufgehoben. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Vorschlag umzusetzen ist.

#### 5. Organisationsstruktur

Wenn diese vier vorgenannten Punkte geregelt bzw. umgesetzt sind, kann man über die weitere Organisationsreform nachdenken. Der Berufsstand, d. h. die Landwirte, sind bereit, auf diese fünf Punkte hinzuwirken, die Politik darf sich aber nicht aus der Verpflichtung ziehen mit dem Argument, kein Geld für den Ausgleich der Defizite zu haben. Ohne Geld wird eine Reform nicht machbar sein. Wir sind seitens des Berufsstandes – sowohl seitens des Bauernverbandes als auch seitens der Träger – bereit, uns verstärkt einzubringen. Das ist für uns eine ganz wichtige Aufgabe und ich denke, da haben wir auch gute Vorschläge unterbreitet. ■



Ergebnisse eines ASG-Projekts:

## Qualitätskriterien für Kinderbauernhöfe gewinnen an Bedeutung



Im Auftrag von Bauernhof- und Landurlaub in Hessen e.V. (BaLuH)<sup>1</sup> hat die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. eine Analyse von Qualitätskriterien für (Klein-)Kinderbauernhöfe durchgeführt und Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung, Qualitätssicherung sowie das zielgruppenspezifische Marketing des Urlaubsangebots für (Klein-)Kinder in Hessen erarbeitet. Diese wurden im Rahmen eines Workshops im Dezember 2006 mit Anbietern von Urlaub auf dem Kinderbauernhof und Beraterinnen des LLH (Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen) diskutiert und in Arbeitsgruppen weiterentwickelt.

### Mit Qualitätskriterien neue Zielgruppen ansprechen

Das Angebot Urlaub auf dem Bauernhof/Urlaub auf dem Lande ist ein fester Bestandteil des Tourismus in Mitteleuropa. Da es vor allem für Familien mit Kindern attraktiv ist, hat sich in den letzten Jahren eine Reihe von Betrieben auf Angebote für Familien mit (Klein-)Kindern spezialisiert. Ob und welche Qualitätsstandards hierfür existieren, hat die ASG in einer schriftlichen und telefonischen Befragung der Landesarbeitsgemeinschaften (LAG) und der Bundesarbeitsgemeinschaft für Urlaub auf dem Bauernhof/Urlaub auf dem Lande in Deutschland sowie relevanter Anbietergemeinschaften in Österreich, Südtirol, Frankreich und der Schweiz erhoben. Weitere Informationen wurden im Rahmen einer Internetrecherche zusammengestellt.

Qualitätskriterien wurden mit dem Ziel entwickelt, neue Zielgruppen (oder bisherige Zielgruppen gezielter) anzusprechen und dadurch eine Verlängerung der Saison zu erreichen sowie die Auslastung der Betriebe zu erhöhen. Zzt. werben Anbietergemeinschaften in Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen und Österreich speziell für den Urlaub mit (Klein-)Kindern auf Bauernhöfen und haben hierfür Qualitätskriterien entwickelt. In den übrigen Bundesländern und im benachbarten Ausland gibt es diese nicht oder die vorhandenen Angebote werden nicht extra beworben. Es zeichnet sich jedoch eine Entwicklung ab, dass Qualitätskriterien für (Klein-)Kinderbauernhöfe auf der Anbieterseite an Bedeutung gewinnen.

### Qualitätsverbesserung durch Pflichtkriterien

Die Anbietergemeinschaften verwenden Qualitätskriterien, die sich üblicherweise in Muss- und Soll-/Kann-Kriterien aufteilen. Teilweise verfügen sie über ein spezielles Logo, mit dem die geprüften Betriebe werben können. In Bezug auf die Qualitätsverbesserung geht es in erster Linie darum, Unfälle zu vermeiden und die Unterkünfte stärker auf die Bedürfnisse von Kindern auszurichten. Zwischen den Anbietergemeinschaften konnte eine große Übereinstimmung hinsichtlich der abgefragten Qualitätskriterien zu Kindersicherheit des landwirtschaftlichen Betriebes und kindgerechter Ausstattung der Unterkünfte – beides Muss-Kriterien – gefunden werden.

<sup>1</sup> Die Analyse wurde mit Unterstützung des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz durchgeführt. Der ausführliche Bericht ist zu beziehen bei: Bauernhof- und Landurlaub in Hessen e.V., Fon (06631) 71743, info@landurlaub-hessen.de, www.landurlaub-hessen.de

## Kindersicherheit

Grundsätzlich kann jeder landwirtschaftliche Betrieb Urlaub auf dem Bauernhof mit Kindern anbieten, ohne sich einer Sicherheitsprüfung zu unterziehen. Für den (Klein-)Kinderurlaub qualitätsgeprüfte Betriebe unterscheiden sich jedoch dadurch, dass sie spezielle Sicherheitskriterien erfüllen. Hierzu zählen u. a. eine verkehrssichere Lage des Hofes, die Vermeidung offener Gefahrenquellen durch Abdeckungen, eine Rückfahrtsicherung bei Traktoren, Türgitter, Treppensicherungen, Fensterriegel, ausreichende Beleuchtung im Innen- und Außenbereich und Sicherheitsglas bei großen Glasflächen

## Kindgerechte Ausstattung und Serviceangebote

Die kindgerechte Ausstattung umfasst Angebote im Wohn- und Verpflegungsbereich sowie im Service. Kriterien sind u. a. großzügige Familienzimmer bzw. Apartments, abdunkelbare Zimmer, familienfreundliche Hausordnung, Wickeltisch, Babyphone, Babysitterservice, Kinderwagen/Buggy zum Ausleihen und ein Animationsprogramm für schlechtes Wetter.

## Zugang zu Tieren und Mithilfe im Stall

Der Zugang zu Tieren und die Möglichkeit der Mithilfe im Stall spielen eine herausragende Rolle bei der Prüfung für den (Klein-)Kinderurlaub, da sich der Urlaub auf dem Bauernhof hierdurch von anderen touristischen Angeboten abhebt. Alle Prüfkataloge verlangen, dass es sich bei den Höfen um landwirtschaftliche Haupt- oder Nebenerwerbsbetriebe handelt. Unterschiede gibt es im Hinblick auf die Mithilfemöglichkeiten: Entweder können Kinder mit oder ohne Begleitung der Erziehungsberechtigten praktische Erfahrungen im Stall oder auf dem Feld, z. B. bei der Heuwerbung sammeln.

## Verpflegung und Ermäßigung

Bei Betrieben mit Vermietung von Ferienwohnungen spielt die Ausstattung der Küche zur Zubereitung von Kindernahrung eine wichtige Rolle. Anbieter mit Halb- oder Vollpension werden intensiv hinsichtlich ihres kindgerechten Verpflegungsangebots überprüft. Zu den Kriterien zählen u. a. Kindergeschirr, Möglichkeit zur Zubereitung/zum Aufwärmen von Kleinkind-Nahrung, Kinderspeisekarte sowie Teller und Besteck für Kinder zum Mitessen bei den Eltern. Kinderermäßigung spielt nur bei wenigen Prüfungen eine Rolle als Muss-Kriterium.

Soll-/Kann-Kriterien haben entweder einen Empfehlungscharakter oder führen – bei Erfüllung möglichst vieler dieser Kriterien – zu einer höheren Auszeichnung. Darüber hinaus können sie den Anbietern als Anregung dienen, um ihr Urlaubsangebot attraktiver zu gestalten. Kriterien, die in eini-

gen Prüfkatalogen unter Muss-Kriterien aufgelistet sind, finden sich bei anderen Prüfkatalogen unter Soll-Kriterien. Unter Soll-Kriterien fallen u. a. Aufmerksamkeiten für Geburtstagskinder, Kinder werden beim Essen als Erste bedient, eine Getränkebar für Kinder sowie ein Aktionsangebot für Alleinreisende mit Kindern.

## Kontrolle zur Qualitätssicherung

Überprüft werden die Kriterien entweder von den Anbiertgemeinschaften selbst oder von überregional arbeitenden Institutionen. In die Untersuchung einbezogen wurden die Qualitätsklassifizierungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG), des Deutschen Tourismusverbandes (DTV), des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) und des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Eine unabhängige Kontrolle erhöht das Vertrauen der Gäste, verursacht jedoch für die Mitgliedsbetriebe meist höhere Kosten (bis über 1 000 €). Bei gleichzeitiger Durchführung einer Grundprüfung ist die zusätzliche Prüfung jedoch in einigen Fällen kostenfrei. Nach Überprüfung der Kriterien erhalten die Betriebe eine zeitlich befristete Zertifizierung, von meist drei Jahren. Um an einer Überprüfung der Qualitätskriterien einer Anbiertgemeinschaft teilnehmen zu können, ist bei den meisten Anbiertgemeinschaften ein Mindestniveau der zu vermietenden Zimmer oder Ferienwohnungen nachzuweisen. Dieser Nachweis kann entweder in Form einer Klassifizierung nach DTV- oder DLG-Standard geschehen oder erfolgt im Rahmen der Prüfung durch die Anbiertgemeinschaft.



Fotos: BaluH

Der Urlaub auf dem Bauernhof hebt sich von anderen touristischen Angeboten durch den Zugang zu Stall und Scheunen sowie die Mithilfe im Betrieb ab

## Kreatives und zielgenaues Marketing

Das Marktsegment „Urlaub auf (Klein-)Kinderbauernhöfen“ ist relativ jung und befindet sich in einer ständigen Entwicklung. Da sich in der Gesellschaft ein Trend zum außergewöhnlichen Event und zum besonderen Erlebnis feststellen lässt, ist davon auszugehen, dass entsprechende Erlebnisangebote durch attraktive Ferienbauernhöfe von Kindern und Familien interessiert angenommen werden. Wichtig hierfür ist ein kreatives und zielgruppenspezifisches Marketing. In Deutschland sprechen die Anbieter von Urlaub auf dem Bauernhof entweder Familien mit (Klein-)Kindern, Kinder ohne Begleitung von Erziehungsberechtigten (einzelne Betriebe haben sich hierauf spezialisiert) oder Kindergärten (mit Kindern ab zwei Jahren) und Schulen an.

Ein Logo vermittelt Vertrauen sowie eine klare und knappe Qualitätsbotschaft. Viele Anbieter lassen ihren Betrieb hinsichtlich verschiedener Qualitätsansprüche prüfen und werben mit einer Vielzahl von Logos. Während die „Urlaub am Bauernhof“-Betriebe in Österreich mit einem bundeseinheitlichen Logo, das von mehreren Institutionen und Verbänden getragen wird, werben, verwenden die einzelnen Anbietergemeinschaften in Deutschland unterschiedliche Logos. Bauernhöfe mit Spezialangeboten für Kinder schließen sich entweder in einer selbst organisierten Anbietergemeinschaft zusammen und werben mit einem gemeinsamen Logo oder werden Mitglied in einer Landesarbeitsgemeinschaft, deren Logo sie verwenden.

## Trends

„Urlaub auf (Klein-)Kinderbauernhöfen“ wird als ein Marktsegment mit steigender Bedeutung angesehen, für das folgende Trends erwartet werden:

- Eine weitere Ausdifferenzierung des Angebotes
- Eine Ausweitung des Angebotes, z. B. mit Nightlife for Kids
- Die Entwicklung weiterer überprüfbarer Qualitätskriterien
- Eine Differenzierung der Anbietergemeinschaften: 1. Anbietergemeinschaften mit ausschließlich landwirtschaftlichen Betrieben und 2. Anbietergemeinschaften, an denen auch andere Anbieter von Freizeitaktivitäten und Unterkünften beteiligt sind.

## Hoher Standard in Hessen

Der Vergleich des hessischen Kriterienkataloges mit den Ergebnissen der Analyse ergab eine weitgehende Übereinstimmung in den grundlegenden Aspekten Sicherheit, Ausstattung und Service. Unterschiede zeigten sich vor allem in der internen Organisation der Prüfverfahren und der Trägererschaft der Qualitätssiegel. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass die Bezeichnung „Kinderbauernhof“ kein rechtlich geschützter Begriff ist. Die Teilnahme an Prüfungsverfahren ist freiwillig, Urlaubsanbieter müssen demnach von den Vorteilen eines gemeinsamen Marktauftritts überzeugt werden. Die positiven Erfahrungen der hessischen Anbieter belegen diese Vorteile deutlich: Die Ausrichtung als Kinderbauernhof und gemeinsame Werbung über die BaLuH hat nach Einschätzung der anwesenden Anbieter zu einer deutlich besseren Auslastung ihres Ferienangebotes geführt.



Foto: M. Busch

fa

Der Workshop fand auf dem Betrieb einer Anbieterfamilie von Kinderurlaub auf dem Bauernhof in Hessen statt

## Neues von der agrarpolitischen Bühne:

### Gute Karten

#### Geheimnisvolle Treffen, neue Einsichten und glückliche Fügungen in der Berliner Agrarpolitik

beleuchtet von Rainer Münch

„A Hund is er scho, der Seehofer Horst“, würde man dem Minister in seiner bayerischen Heimat attestieren, wenn es um dessen politische Bauernschläue geht. Hatte man dies in seiner bisherigen Amtszeit als Bundeslandwirtschaftsminister mit einigem guten Willen schon hier und da in Ansätzen erahnen können, hat er jetzt endgültig den Beweis dafür geliefert, und zwar in einem ihm an sich vertrauten Politikfeld, der Agrarsozialpolitik. Offenbar dienten die – vorsichtig ausgedrückt – nicht durchgängig konsistenten Aussagen des Ministers während der vergangenen Monate zu möglichen Reformmaßnahmen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung lediglich dazu, seine Widersacher einzulullen, um sie anschließend handstreichartig für seine Pläne zu gewinnen.

#### Kommt der Bundesträger?

Für Mitte März hatte Seehofer – ungewöhnlich genug – den gesamten Vorstand des Bundesverbandes der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften (BLB) zum Gespräch nach Berlin geladen. Noch kurz zuvor waren in diesem Kreis die bekannt gewordenen Überlegungen zur Schaffung eines Bundesträgers in der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) ebenso wie sonstige Reformpläne auf mehr oder weniger heftiges Kopfschütteln bis schroffe Ablehnung gestoßen. Wenige Tage nach der Sitzung bedankte sich der Minister hingegen in einem Brief bei seinen Ge-

sprächspartnern für die Bereitschaft, „die Organisationsstrukturen durch die Schaffung eines neuen einheitlichen Trägers in der LSV nachhaltig zu straffen“.

Was war geschehen? Teilnehmer des Zusammentreffens versichern hoch und heilig, das Wort „Bundesträger“ sei in den längere Zeit einnehmenden Ausführungen des Ministers zur künftigen Struktur nicht ein einziges Mal vorgekommen. Erst im Nachhinein habe sich sämtlichen Beteiligten die Tragweite der ministeriellen Worte in ihrer ganzen Breite und Tiefe und vor allem in ihrer eigentlichen Bedeutung erschlossen. Da sollen sie aber schon ihre Zustimmung zumindest durch unzweideutiges Kopfnicken signalisiert haben. Was sich Seehofer und seine zuständigen Beamten ausgedacht haben, könnte jenseits aller Verklausulierungen tatsächlich die „Reformblockade“ überwinden, wie sie insbesondere die SPD-Abgeordnete Waltraud Wolff wiederholt angeprangert und als nicht mehr länger hinnehmbar kritisiert hat. Zwar soll es nach den ministeriellen Vorstellungen künftig nur noch einen bundesweit zuständigen anstelle der bisherigen neun Träger geben, wobei noch offen ist, wie mit dem Träger für den Gartenbau verfahren wird. Gleichzeitig soll jedoch das operative Geschäft weiterhin dezentral erledigt werden. Die bisherigen regionalen Träger sollen zudem bestimmte Aufgaben für die gesamte LSV übernehmen. Ob es sich dabei um mehr handelt als

den zentralen Einkauf von Bleistiftspitzern und Radiergummis, bleibt einstweilen dahingestellt.

Damit wäre ein wesentliches Gegenargument der Länder entkräftet, die sich mit starker Unterstützung des jeweiligen regionalen Trägers gegen eine Verlagerung von Arbeitsplätzen aus ihrem Hoheitsgebiet wehren. Zwar würde Seehofer die von ihm immer wieder angemahnte Reduzierung der Verwaltungskosten auf diese Weise zunächst allenfalls nur in Ansätzen erreichen. Immerhin käme der Bund jedoch einem wesentlichen Ziel erheblich näher: die LSV nicht nur zu einem großen Teil zu finanzieren, sondern endlich auch entsprechende Mitspracherechte bei der Verwendung der Mittel zu bekommen. Die Erfolgsaussichten für eine Organisationsreform scheinen auch deshalb größer als in den zurückliegenden Jahren, weil Seehofer neben dem Zuckerbrot auch die Peitsche in seinem politischen Instrumentenkasten hat. Was im Beamtenjargon als „Ultima ratio“ heruntergespielt wird, könnte tatsächlich etwaige Bremser in Erklärungsnot gegenüber den Landwirten bringen. Dies wäre dann der Fall, wenn der Minister seine Drohung wahr machen und die Bundesmittel kürzen würde, wenn sich die Länder stur stellen und dies Beitragssteigerungen zur Folge hätte.

Schließlich droht Seehofer nicht nur mit weniger, er lockt gleichzeitig mit mehr Geld. 400 Mio. € will er aus dem Verkauf von Tafel-

silber des Bundes im Form von Forderungen aus Siedlungsdarlehen aus den 50er Jahren mobilisieren. Dieses Geld soll zusammen mit 250 Mio. € aus den Betriebsmitteln und Rücklagen der regionalen Träger eingesetzt werden, um eine Abfindungsaktion für Kleinrenten in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung zu finanzieren. Je nach Ausgestaltung und positiver berufsständischer Begleitung könnte damit ein nicht unerheblicher Teil des bestehenden Rentenbestandes von rund 400 Mio. € abgelöst, mithin die Belastung für die Beitragszahler gemindert werden. Weil die Prognosen hinsichtlich des weiteren Rentenzugangs in der LUV ohnehin günstig sind, könnte diese Aktion mit etwas Glück tatsächlich dazu beitragen, das System längerfristig auf gesicherte finanzielle Grundlagen zu stellen. Dass das eine – der Bundesträger – mit dem andern – dem Geld für die Abfindungsaktion – zusammenhängt, liegt auf der Hand und wird möglicherweise auch dadurch zum Ausdruck kommen, dass beides in einem Gesetzentwurf geregelt werden könnte. Für das zu erwartende Pokerspiel mit dem Bundesrat hätte Seehofer damit nicht die schlechtesten Karten.

### Förderung zu agrarlastig

Auch auf einem anderen Feld laufen die Dinge für den Minister derzeit nicht schlecht, der ländlichen Entwicklung. Allmählich zeichnet sich ab, was es mit dem Reigen von Regionalkonferenzen auf sich hat, die das Bundeslandwirtschaftsministerium landauf, landab veranstaltet. Sie sollen zum einen Freund und Feind deutlich machen, wer in der ländlichen Entwicklung innerhalb der Bundesregierung die Hosen anhat und wo die politische Kompetenz dafür angesiedelt ist. Sie sollen aber zum andern auch das Feld bereiten, das politische Förderinstrumentarium anzupassen und

sich für die damit verbundenen Diskussionen zu wappnen.

Seehofer hat angekündigt, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) für außerlandwirtschaftliche Bereiche öffnen zu wollen. Ziel müsse es sein, die Wirtschaftskraft in ländlichen Räumen insgesamt zu stärken. Da könne eine einseitige Ausrichtung auf die Landwirtschaft zu kurz gesprungen sein. Weg von der sektor- hin zur raumbezogenen Förderung – diese nicht zu widerlegende Devise ist nun offenbar auch in der politischen Leitung des Agrarressorts angekommen. Wer zusätzliche Bereiche fördern möchte, ohne bisherigen Empfängern etwas wegzunehmen, braucht allerdings mehr Geld. „Fresh money“ heißt das Gebot der Stunde an Stelle von wenig Sympathie erzeugenden Umschichtungen innerhalb des eigenen Haushalts. Ob Seehofer das frische Geld für den Haushalt 2008 bekommt, bleibt allerdings abzuwarten, hat doch Bundesfinanzminister Peer Steinbrück neuen Begehrlichkeiten der Ministerien bereits eine Absage erteilt, wie das Finanzministerium eben im Vorfeld von Haushaltsverhandlungen tun. Gelingt es nicht, riskiert Seehofer einen ernststen Konflikt mit dem Bauernverband, weil die Umschichtung von Geld in neue Förderbereiche im Zweifelsfall zu Lasten von dessen Klientel ginge – dergleichen hat der Bauernverband noch immer unter allen Umständen zu verhindern versucht.

Allerdings erhält Seehofer in seinen Reformbemühungen Rückenwind von unerwarteter Seite. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat vor wenigen Wochen die Politik für ländliche Räume in Deutschland gewogen und für zu leicht befunden. Sie sei stark sektoral ausgeprägt und nicht in der Lage, aktuellen Herausforderun-

gen zu begegnen, heißt es in einem Prüfbericht der in Paris ansässigen Institution. Wüsste man nicht, dass sich eine internationale Organisation mit einem solchen hohen Renommee niemals vor innenpolitische Karren in ihren Mitgliedsländern spannen lassen würde, könnte man den Verdacht hegen, das Gutachten sei bestellt. Zumindest passt die Aussage und insbesondere der Zeitpunkt der Veröffentlichung wie die berühmte Faust aufs Auge. Auch von wissenschaftlicher Seite wird seit langem darauf hingewiesen, dass die Landwirtschaft zur Problemlösung in ländlichen Räumen allenfalls noch eine untergeordnete, keinesfalls jedoch mehr eine entscheidende Rolle spielt. Mag sich der Sektor unter Einbeziehung aller Teile, die in irgendeiner Form mit Ernährung und Grün zu tun haben, auch stark rechnen und auf Augenhöhe mit der Automobilindustrie sehen. Die Tatsache, dass bundesweit allenfalls noch in drei Landkreisen mehr als 10 % der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig sind, spricht für sich und kann für die ländliche Entwicklungspolitik nicht ohne Folgen bleiben.

Die von interessierter Seite wieder gerne zum Besten gegebene Weisheit, „hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“ stimmt offenbar schon lange nicht mehr, wenn sie denn überhaupt jemals gestimmt hat. Dass es die berufsständische Interessenvertretung trotzdem bislang zumeist verstanden hat, die Politik von ihren Anliegen zu überzeugen, spricht für deren Arbeit und zeugt von ausgeprägtem Selbstbewusstsein. Kein Wunder, denn welcher Verband außer dem Deutschen Bauernverband kann schon darauf verweisen, bei zwei aufeinanderfolgenden Bundestreffen die Bundeskanzlerin und den Bundespräsidenten begrüßen zu dürfen. Fehlt nur noch der Papst, aber es stehen ja noch mehr Bauerntage an...

## EU-Regionalpolitik für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013

Carsten Mauritz\*

Die am 1. Mai 2004 vollzogene Osterweiterung der Europäischen Union sowie der Beitritt der Staaten Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 stellt die EU vor neue Herausforderungen, da die neuen Mitgliedsländer im Vergleich zur EU-15 ein unterdurchschnittliches Wohlfahrtsniveau aufweisen. Folgerichtig werden sich die regionalen Disparitäten innerhalb der erweiterten EU-27 automatisch erhöhen. Um den politischen Anspruch zu erfüllen, die wirtschaftlichen und sozialen Differenzen zwischen den Mitgliedern zu reduzieren, hat die EU eine umfangreiche Subventionspraxis für benachteiligte Regionen entwickelt. Das Budget hierfür beansprucht zzt. etwa 35 % des gesamten Unionsbudgets. Aufgrund der veränderten konzeptionellen Fördersituation in der Periode 2007-2013 stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang deutsche Fördergebiete aus der bisherigen Fördergebietskulisse herausfallen werden.

### Die EU-Kohäsionspolitik

Die EU-Kohäsionspolitik von 2007-2013 konzentriert sich zukünftig auf drei Prioritäten (vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 33):

- *Konvergenz*: intensive, aber lediglich vorübergehende Unterstützung für die rückständigsten Mitgliedsstaaten und Regionen der EU (bisheriges Ziel 1).
- *Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung*: dauerhaft angelegte und zielorientierte Unterstützung zur Vorwegnahme und Förderung von wirtschaftlichen Veränderungen (bisherige Ziele 2 und 3).
- *Europäische territoriale Zusammenarbeit*: zielt auf die Beseitigung von Grenzhemmnissen und auf die Nutzung von Synergien ab (aufbauend auf INTERREG).

Das Förderziel der *Konvergenz* bezieht sich auf die am wenigsten entwickelten Mitgliedsstaaten und Regionen der EU. In diese Kategorie fallen NUTS-2-Regionen<sup>1</sup>, in denen das BIP pro Kopf weniger als 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt. In der EU-27 sind dies 84 Regionen in 17 Mitgliedsstaaten mit einer Bevölkerung von 154 Mio. Menschen. 16 Regionen, deren BIP aufgrund des statistischen Effekts der erweiterten EU geringfügig über dem Schwellenwert von 75 %

liegt, sind von einer schrittweisen Verringerung der Förderung von 85 % auf 60 % betroffen („Phasing-out“) (vgl. Europäische Union, 2006, S. 2; Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 34). Die Programme des Konvergenzziels werden aus den Mitteln des EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), des ESF (Europäischer Sozialfonds) und des Kohäsionsfonds kofinanziert. Einen Überblick über die Fonds der aktuellen Förderperiode und deren Interventionsbereich liefert Tabelle 1.

\* Dipl.-Ökonom Carsten Mauritz, Diplom-Arbeit an der Universität Kassel, Fon (0177) 7392642, E-Mail c.mauritz@gmx.net

<sup>1</sup> Gemeinsame Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik, in Deutschland Regierungsbezirke

Tabelle 1: Überblick über die Fonds 2007-2013

Instrument	Aufgaben und Ziele	Interventionsbereich
EFRE	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abbau regionaler Disparitäten,</li> <li>- Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur,</li> <li>- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und territoriale Zusammenarbeit.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Infrastrukturinvestitionen,</li> <li>- Günstige Bedingungen für F&amp;E,</li> <li>- Produktive Investitionen,</li> <li>- Zugang zu IKT,</li> <li>- Umweltschutz.</li> </ul>
ESF	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vollbeschäftigung,</li> <li>- Verbesserung der Arbeitsplatzqualität und der Arbeitsproduktivität,</li> <li>- Beteiligung am Arbeitsmarkt für benachteiligte Personengruppen,</li> <li>- Verringerung regionaler Beschäftigungsdisparitäten.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer und Unternehmen,</li> <li>- Zugang zu Beschäftigung,</li> <li>- Investitionen in Humankapital,</li> <li>- Verbesserung der sozialen Eingliederung.</li> </ul>
Kohäsionsfonds	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Konvergenz zwischen den Mitglieds-ländern und den am wenigsten entwickelten Ländern.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Transeuropäische Verkehrsnetze,</li> <li>- Nachhaltige Entwicklung mit klarer Umweltdimension: nachhaltiger städtischer Verkehr, erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Umweltprojekte.</li> </ul>

(Quelle: Europäische Union, 2006, S. 2; Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 35-36; Nölting, 2006, S. 19-20)

Außerhalb der Konvergenzregionen sind von dem Förderziel der *Regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung* 168 Regionen mit 314 Mio. Einwohnern betroffen. Dieses Ziel ersetzt die bisherigen Ziele 2 und 3 und ist durch einen zweifachen Ansatz geprägt (vgl. Europäische Union, 2006, S. 2; Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 36-37):

■ **Regionale Programme:** Diese sollen die städtischen und ländlichen Regionen dabei unterstützen, auftretende Probleme im Kontext der wirtschaftlichen Umstrukturierung zu überwinden. Einen thematischen Schwerpunkt bildet die Förderung von wirtschaftlichen Veränderungen durch Innovation und unternehmerischer Initiative. Finanzierungsquelle für diese Programme ist der EFRE, dessen Ressourcen sich auf Regionen verteilen, die bis 2006 unter das Ziel 1 gefallen sind („Phasing-in“) oder weder vom Konvergenzziel noch vom statistischen „Phasing-in-Effekt“ betroffen sind.

■ **Nationale Programme:** Diese zielen darauf ab, die Einführung und Implementierung von strukturellen Reformen des Arbeitsmarktes voranzutreiben sowie die soziale Integration zu verbessern. Die Finanzierungsquelle für diese Programme ist der ESF. Förderungswürdige Bereiche, welche in Übereinstimmung mit den Zielen der Europäischen Beschäftigungsstrategie stehen, involvieren die Themenschwerpunkte Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzqualität, Arbeitsproduktivität, soziale Integration und Antizipierung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Das Ziel des *Europäischen territorialen Zusammenhalts* ist auf die harmonische und ausgewogene Integration innerhalb der EU ausgerichtet. In diesem Rahmen wird eine Stärkung der grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit angestrebt. Zielgruppe der Zusammenarbeit sind alle Regionen entlang der Außen- und Binnengrenzen der EU (181,7 Mio. Ein-

wohner). Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ersetzt das bisherige Programm INTERREG III A, während die transnationale Ausrichtung das Programm INTERREG III B ablöst. INTERREG III C entfällt als eigenständiges Instrument. Sämtliche Maßnahmen des Ziels werden durch den EFRE finanziert (vgl. Europäische Union, 2006, S. 2-3; Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 37-38).

### Konsequenzen der Osterweiterung für die Aufteilung der Finanzmittel

Die für die Umsetzung der Prioritäten benötigten finanziellen Mittel in der Periode 2007-2013 belaufen sich auf 308 Mrd. € (Förderperiode 2000-2006: 235,1 Mrd. €). 81,54 % der Mittel entfallen auf das Förderziel der *Konvergenz*, im Rahmen dessen die ärmsten Regionen der EU finanzielle Unterstützung erhalten. In den übrigen Regionen werden 15,95 % der Mittel verwendet, um das Ziel der *Regionalen Wettbewerbsfähigkeit*

und Beschäftigung zu fördern. Weitere 2,52 % werden der *Europäischen territorialen Zusammenarbeit* bereitgestellt, um grenzübergreifende, transnationale und interregionale Projekte zu finanzieren (vgl. Europäische Union, 2006, S. 1).

An den enormen finanziellen Mitteln, die für das Konvergenzziel bereitgestellt werden (251,1 Mrd. €), ist zu erkennen, dass die rückständigsten Regionen, inklusive vieler ländlicher Gebiete in der EU, die oberste Priorität der Kohäsionspolitik bilden. Die Konzentration der Mittel wird insbesondere den neuen Mitgliedsstaaten der EU zugute kommen (51,4 % der vorgesehenen Gesamtmittel), da diese gegenüber der EU-15 einen erheblichen Entwicklungsrückstand aufweisen. Demgegenüber werden sich die finanziellen Mittel für die Mitgliedsstaaten der EU-15 reduzieren. Tabelle 2 stellt einen Vergleich der Förderperioden 2000-2006 und 2007-2013 an, woraus ersichtlich wird, dass sich die Fördermittel für Deutschland um 20 % reduziert haben.

Da die Mittel- und Osteuropäische Länder (MOEL) sowie die am 1. Januar 2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien durch BIP-Werte unterhalb des EU-Durchschnitts charakterisiert sind, fallen einzelne NUTS-2-Regionen aufgrund des statistischen Effekts nicht mehr unter das Förderkriterium von 75 %. Infolge der Osterweiterung liegt das BIP pro Kopf in den sog. „Auslaufregionen“ leicht über dem Schwellenwert von 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts. EU-weit sind sechzehn NUTS-2-Regionen mit 16,4 Mio. Einwohnern von diesem Effekt betroffen. Um den Konvergenzprozess weiterführen zu können, erhalten die Regionen in der aktuellen Periode 2007-2013 insgesamt 12,5 Mrd. €. Davon verteilen sich 3,77 Mrd. € auf Deutschland. Während in der Förderperiode 2000-2006 den NUTS-2-Regionen Brandenburg (Nordost und Südwest), Mecklenburg-Vorpommern, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Dessau, Halle, Magdeburg und Thüringen der Status einer Ziel 1-Region zugesprochen wurde, verlieren in der aktuellen Periode 2007-2013 drei ostdeutsche Regionen ihre uneingeschränkte Ziel 1-Förderwürdigkeit. Im Konkreten handelt es sich um Brandenburg-Südwest, Leipzig und Halle. Die niedersächsische Region Lüneburg gilt ab 2007 ebenfalls als „Phasing-out-Region“.

## Die EU-Politik für den ländlichen Raum

Die EU-Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013 ist nicht mehr Bestandteil des Strukturfonds. Zwar wird die Kohäsions- und Regionalpolitik der EU weiterhin die Diversifizierung der Wirtschaft im ländlichen Raum mit den Mitteln aus dem EFRE unterstützen, die EU-Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums wird dagegen in der aktuellen Förderperiode aus einem einzigen Fonds (ELER: Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) finanziert. Für den Zeitraum 2007-2013 stehen in diesem Kontext 69,75 Mrd. EUR zur Verfügung (vgl. Europäische Kommission, 2006, S. 13).

Die künftige EU-Politik für den ländlichen Raum konzentriert sich auf drei Prioritäten: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und Forstsektors, Verbesserung von Umwelt und Landschaft sowie Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung. Inhaltliche Prioritäten setzt die EU mit den „strategischen Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums“, in denen sie konkrete Zielsetzungen formuliert und Strategien vorlegt.

**Tabelle 2: Strukturförderung in Deutschland**

	2000-2006 in Mrd. €	2007-2013 in Mrd. €	Veränderung in %
Ziel 1 (Konvergenz)	19,958	14,324 <b>(davon 3,771 Phasing-out)</b>	- 28 %
Ziel 2 und 3 (Wettbewerbsfähigkeit)	8,606	8,370	- 3 %
INTERREG (territoriale Zusammenarbeit)	0,737	0,756	+ 3 %
<b>Deutschland gesamt</b>	<b>29,301</b>	<b>23,450</b>	<b>- 20 %</b>

(Quelle: Europäische Union, 2006, S. 4; Güthler, 2006, S. 5; Wehrheim, 2005, S. 33)

Auf der Grundlage dieser Leitlinien planen die Mitgliedstaaten ihre nationalen Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raums in der Förderperiode 2007-2013 (vgl. Europäische Kommission, 2005, S. 9).

Der erste Schwerpunkt „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und Forstsektors“ zielt auf eine Stärkung des Wissentransfers und der Innovationstätigkeit ab. Dabei sollen sich die Mitgliedsstaaten gemäß der strategischen Leitlinien der EU auf Schlüsselaktionen in den folgenden Bereichen konzentrieren:

- Erleichterung von Innovationen und leichterem Zugang zu F&E;
- bessere Integration der Lebensmittelkette;
- Förderung der Einführung und Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT);
- Förderung eines dynamischen Unternehmertums;
- Erschließung neuer Absatzmärkte für die Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft;
- Verbesserung der Umweltbilanz in Land- und Forstwirtschaft und
- Umstrukturierung des Agrarsektors.

Der zweite Schwerpunkt „Verbesserung von Umwelt und Landschaft“ stellt die biologische Vielfalt und Erhaltung land- und forstwirtschaftlicher Systeme von hohem Naturschutzwert, Wasser und Klimawandel in das Zentrum der Betrachtung. Um diesen Umweltzielen Rechnung zu tragen, gilt es die folgenden Schlüsselaktionen zu unterstützen:

- Förderung von Umweltleistungen und artgerechter Tierhaltung;
- Erhaltung der Kulturlandschaft;
- Bekämpfung des Klimawandels;

- Konsolidierung des Beitrags des ökologischen Landbaus;
- Förderung von Initiativen, die sowohl für die Umwelt wie für die Wirtschaft von Vorteil sind und
- Förderung der räumlichen Ausgewogenheit.

Die Mittel, die im Rahmen des Schwerpunkts „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung“ eingesetzt werden, sollen dazu beitragen, die Attraktivität des ländlichen Raums für zukünftige Generationen zu erhalten. Vor diesem Hintergrund ist auf die übergreifende Priorität der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten abzustellen, beispielsweise durch die Förderung von Ausbildung, Information und Unternehmertum. Grundlegende Schlüsselaktionen beziehen sich auf die Bereiche:

- Ankurbelung der Wirtschaft und Steigerung der Beschäftigungsraten in der ländlichen Wirtschaft;
- Förderung des Zugangs von Frauen zum Arbeitsmarkt;
- Förderung von Mikrounternehmen;
- Ausbildung junger Menschen in traditionellen ländlichen Fertigkeiten;
- Förderung der Einführung und Verbreitung von IKT;
- Bereitstellung und innovative Nutzung erneuerbarer Energiequellen;
- Förderung des Fremdenverkehrs;
- Modernisierung der örtlichen Infrastruktur, insbesondere in den neuen Mitgliedsstaaten.

Hinzu kommt der sog. „LEADER-Schwerpunkt“, in dessen Rahmen die eingesetzten Mittel dazu beitragen sollen, die erläu-

terten Schwerpunkte *Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt sowie Lebensqualität* miteinander zu kombinieren. Zudem spielt er eine wichtige Rolle bei der Priorität der Verwaltungsverbesserung und der Erschließung des endogenen Entwicklungspotenzials der ländlichen Gebiete nach dem Bottom-up-Prinzip.

### Verteilung der Fördermittel auf die Bundesländer

Wie in Tabelle 2 zusammengefasst, sind über die Strukturfonds in der Förderperiode 2000-2006 etwa 30 Mrd. € nach Deutschland geflossen. Diese Mittel wurden ebenfalls für die Entwicklung des ländlichen Raums verwendet. Zusätzlich zu dieser Summe wurden aus der Abteilung Garantie und aus der Abteilung Ausrichtung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) mehr als 9 Mrd. € zur Kofinanzierung für die ländliche Entwicklungspolitik bereitgestellt (vgl. Wehrheim, 2005, S. 33-34). In der aktuellen Förderperiode ist der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) ebenfalls durch eine Reduktion der Finanzmittel gekennzeichnet. Tabelle 3 fasst die prozentualen Veränderungen gegenüber der Förderperiode 2000-2006 zusammen.

Die einzelnen Bundesländer sind von der Verringerung der Finanzmittel mit unterschiedlicher Intensität betroffen. Hohe Einbußen müssen die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz und Hessen hinnehmen. Der Zugewinn für Niedersachsen und Bremen erklärt sich aus der Tatsache, dass die niedersächsische Region Lüneburg als Konvergenzgebiet eine höhere Förderung erhält (vgl. Nötling, 2006, S. 31).

**Tabelle 3: Mittel für die ländliche Entwicklung im Vergleich**

	2000-2006 in Mrd. €	2007-2013 in Mrd. €	Veränderung in %
Baden-Württemberg	0,817	0,611	- 25 %
Bayern	1,691	1,254	- 26 %
Brandenburg + Berlin	1,063	1,063	0 %
Hessen	0,273	0,218	- 20 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,883	0,882	0 %
Niedersachsen + Bremen	0,693	0,815	+ 18 %
Nordrhein-Westfalen	0,291	0,292	0 %
Rheinland-Pfalz	0,310	0,245	- 21 %
Saarland	0,036	0,028	- 22 %
Sachsen	1,093	0,927	- 15 %
Sachsen-Anhalt	0,960	0,817	- 15 %
Schleswig-Holstein + Hamburg	0,287	0,263	- 8 %
Thüringen	0,835	0,693	- 17 %
<b>Deutschland gesamt</b>	<b>9,232</b>	<b>8,108</b>	<b>- 12 %</b>

(Quelle: Gütthler, 2006, S. 10; Friess/Wehmeyer, 2006, S. 30-31)

Die ostdeutschen Bundesländer unterliegen demgegenüber moderateren Einschnitten. Für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg-Berlin ergeben sich gegenüber der vorherigen Förderperiode keine prozentualen Veränderungen. Angesichts der nach wie vor bestehenden innerdeutschen Disparitäten in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erscheint die Verteilung der Finanzmittel auf die Bundesländer als schlüssig und nachvollziehbar. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund einer eingeschränkten Fördermittelvergabe im Zuge der EU-Osterweiterung.

### Zusammenfassender Überblick

Die grundlegende Ausrichtung der gemeinschaftlichen Strukturpolitik bleibt auch in der aktuellen Förderperiode erhalten. Neu ist die Zusammensetzung der Strukturfonds. Als Fonds werden in der aktuellen Periode der EFRE, der ESF und der Kohäsionsfonds angesehen. Der EAGFL (Abteilung Ausrichtung und die Abteilung Garantie) ist dagegen nicht mehr von der Rahmenregelung der

Strukturfonds erfasst. Ab 2007 werden die EAGFL-Programme durch die ELER-Verordnung zu einem Programmpunkt zusammengefasst (vgl. Schöndorf-Haubold, 2005, S. 74; Wehrheim, 2005, S. 35). Im Gegensatz zur Förderperiode 2000-2006 hat die Europäische Kommission eine wesentliche Vereinfachung vorgenommen, indem sowohl die Anzahl der Ziele als auch die Anzahl der Instrumente auf jeweils drei reduziert wurden (s. Tab. 4).

**Tabelle 4: Ziele und Instrumente 2007-2013**

(Quelle: Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 46)

### 2007-2013

Ziele	Förderinstrument	Förderfähig
Konvergenz	EFRE, ESF Kohäsionsfonds EFRE, ESF	Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP < 75 % des EU-25 Durchschnitts Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP < 90 % des EU-25 Durchschnitts Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP < 75 % des EU-15 Durchschnitts und > 75 % der EU-25 (Phasing-out)
Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	EFRE ESF EFRE	Mitgliedsstaaten schlagen Regionen vor (regionale Ebene) Nationale Programme für Beschäftigung und Integration (nationale Ebene) Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP < 75 % des EU-25 Durchschnitts (Phasing-in)
Europäische territoriale Zusammenarbeit	EFRE	Grenzregionen für grenzüberschreitende Kooperationen sowie größere Regionen im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit

Diese Konzentration auf drei Ziele und drei Instrumente steht im Einklang mit dem erklärten Ziel der Europäischen Kommission, die administrative Handhabung zu vereinfachen und für mehr Transparenz zu sorgen. Dies gilt zugleich für die neue ELER-Verordnung, die ab 2007 nur noch eine Programmplanung, ein System der Kontrolle sowie eine Finanzierungsquelle vorsieht. In Anbetracht der bisherigen Förderung, welche teilweise aus bis zu fünf parallel bestehenden EU-Programmen finanziert wurde, bringt die ELER-Verordnung eine deutliche Vereinfachung in der Verwaltung mit sich (vgl. Wehrheim, 2005, S. 33; Nölting, 2006, S. 21).

Die politische Strategie der ELER-Verordnung stellt konzeptionell eine gute Grundlage für die ländliche Entwicklung dar. Die strategischen Leitlinien setzen einen Schwerpunkt auf marktwirtschaftliche Ansätze, die beispielsweise in den Schlüsselaktionen „Förderung der Einführung und Verbreitung von IKT“ sowie „Förderung eines dynamischen Unternehmertums“ konkretisiert werden. Insbesondere der dritte Schwerpunkt „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung“ geht über den landwirtschaftlichen Sektor hinaus, indem die gesamte Wirtschaft im ländlichen Raum thematisiert wird. Eine solche Erweiterung erscheint sinnvoll, um die Aspekte Grundversorgung, Bildung und Information in der ländlichen Entwicklungspolitik zum Ausdruck zu bringen. Angesichts des touristischen Entwicklungspotenzials des ländlichen Raums

erscheinen die Maßnahmen, die im Rahmen der Diversifikation der Wirtschaft vorgeschlagen werden („Förderung des Fremdenverkehrs“, „Förderung von Mikrounternehmen“) als unterstützenswert, um das außerlandwirtschaftliche Arbeitsplatzangebot zu verbessern. Insbesondere die Entwicklung von kleinen Betrieben trägt zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung im ländlichen Raum bei. Allerdings sind die vorgeschlagenen Maßnahmen recht weit gesteckt, sodass sie den Charakter einer Sammelkategorie aufweisen (vgl. Nölting, 2006, S. 4 und 25).

Kritikpunkte an der EU-Politik für den ländlichen Raum betreffen die unzureichende finanzielle Mittelausstattung. Nach wie vor besteht ein gravierendes Ungleichgewicht zwischen der ELER-Verordnung und der Gemeinsamen Agrarpolitik. In dieser Konstellation bleibt es der Politik für den ländlichen Raum verwehrt, einen eigenständigen Politikansatz zu entwickeln, der losgelöst von der Gemeinsamen Agrarpolitik dazu beiträgt, die vielfältigen Potenziale und Ressourcen des ländlichen Raums zu mobilisieren. Die ELER-Verordnung ist weitestgehend darauf beschränkt, Nachhaltigkeitsprobleme, die durch die Gemeinsame Agrarpolitik verursacht wurden, zu kompensieren. Darüber hinaus ist eine engere konzeptionelle Zusammenarbeit mit den EU-Strukturfonds notwendig, um die Synergien zwischen der Strukturpolitik und der Politik für den ländlichen Raum zu erhöhen (vgl. Nölting, 2006, S. 43).

## Literatur:

Europäische Kommission (2005): Vorschlag für einen Beschluss des Rates über strategische Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums (Programmplanungszeitraum 2007-2013), KOM (2005) 304 endgültig, Brüssel.

Europäische Kommission (2006): Die Strategie für Wachstum und Beschäftigung und die Reform der europäischen Kohäsionspolitik – Vierter Bericht über den Zusammenhalt, KOM (2006) 281 endgültig, Brüssel.

Europäische Union (2006): Regionen und Städte im Zeichen von Wachstum und Beschäftigung – Die Verordnungen zur Kohäsions- und Regionalpolitik für 2007-2013 im Überblick, Generaldirektion Regionalpolitik, Juli 2006, Brüssel.

Fräss-Ehrfeld, Clarisse (2006): Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsförderung in Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Serbien-Montenegro – Mit einem ausführlichen Ausblick auf die EU-Regionalpolitik 2007-2013, Wien.

Friess, Isabell; Wehmeyer, Anke (2006): Alle Länder auf einen Blick – Stand 4.12.2006, in: Leaderforum, 9. Jg., Ausgabe 3 (Dezember 2006), S. 30-31.

Güthler, Wolfram (2006): Finanzierung von Natura 2000 im Rahmen des Projekts „Finanzierung Natura 2000“ des BfN/BMU, Deutscher Verband für Landschaftspflege e.V., Hannover.

Nölting, Benjamin (2006): Die Politik der Europäischen Union für den ländlichen Raum – Die ELER-Verordnung, nachhaltige ländliche Entwicklung und die ökologische Land- und Ernährungswirtschaft, Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin, Discussion Paper, Nr. 23/06, Berlin.

Schöndorf-Haubold, Bettina (2005): Die Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft - Rechtsformen und Verfahren europäischer Verbundverwaltung, München.

Wehrheim, Peter (2005): Die „ELER-Verordnung“ zur Förderung der Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung im ländlichen Raum in der Förderperiode 2007-2013, in: Landesagentur für Struktur und Arbeit (Hrsg.), Ländlich in die Zukunft – Rahmenbedingungen für die ländliche Entwicklung an der Schwelle zur neuen EU-Strukturfondsperiode, LASA-Dokumentation Nr. 20, Brandenburg, S. 32-42.

## Umsetzungsorientierte Agrar- und Ernährungsforschung

Martina Schäfer, Veronika Hilbermann\*

**Wissenschaft ist häufig dem Vorwurf ausgesetzt, sich nicht intensiv genug mit den Problemen der Praxis auseinanderzusetzen bzw. nicht dafür zu sorgen, dass die erarbeiteten Ergebnisse wirklich von der Praxis wahrgenommen und aufgegriffen werden. Probleme beim Ergebnistransfer ergeben sich häufig durch den mangelnden Bezug zum Praxisalltag und die unterschiedlichen Sprachgewohnheiten von Wissenschaft und Praxis. Transdisziplinär angelegte Forschung, wie sie z. B. im Rahmen des Programms „Sozial-ökologische Forschung“ (SÖF) des BMBF gefördert wird, geht davon aus, dass komplexe gesellschaftliche Probleme nur in einem kontinuierlichen Dialogprozess mit der Praxis erfolgreich bearbeitet werden können. Dieser Beitrag gibt einen Einblick, mit welchen Mitteln das SÖF-Forschungsvorhaben „Regionaler Wohlstand neu betrachtet“ versucht hat, den Transfer praxisrelevanter Ergebnisse zu gewährleisten.**

### **Transdisziplinär und umsetzungsorientiert: Forschungsprojekt „Regionaler Wohlstand neu betrachtet“**

Das Projekt „Regionaler Wohlstand – neu betrachtet“<sup>1</sup> untersucht am Beispiel der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft den Beitrag kleiner und mittlerer Unternehmen für eine nachhaltige Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg. In dem interdisziplinären Team werden die ökologischen und sozialen Leistungen der Bio-Branche entlang der gesamten Wertschöpfungs-

fungskette – Landwirtschaft, Verarbeitung und Handel – betrachtet sowie ein Blick auf die institutionellen Rahmenbedingungen und die Kundenerwartungen an Bio-Produkte (s. Ländlicher Raum 03/2006, S. 17 ff.) geworfen. Dabei wird von einem erweiterten Verständnis von Wohlstand ausgegangen, das neben materiellen Werten auch Aspekte von nachhaltiger Entwicklung und Lebensqualität umfasst. Neben der Analyse der regionalen Wirkungen der Bio-Branche wird nach konkreten Lösungsansätzen für die Praxis gesucht, durch die Prozesse nachhaltiger Regionalentwicklung gestärkt werden können.

In dem Vorhaben wurden von Beginn an Akteure aus der Praxis – Betriebe und Unternehmen, Politik und Verwaltung, Verbände und Organisationen – in den Forschungsprozess einbezogen, um die wissenschaftliche Bearbeitung an das Geschehen in der Praxis anzubinden und brancheninternes bzw. akteursbezogenes Wissen zu erschließen. Hierdurch war es möglich, die Forschungsfragen besser zu fokussieren und einen lebensweltlichen Bezug zu dem zunächst abstrakt erscheinenden Diskurs zur Gestaltung nachhaltiger Entwicklung herzustellen. Der transdisziplinäre Forschungsansatz konnte mit Hilfe verschiedener Bausteine realisiert werden, die im Folgenden vorgestellt werden.

\* Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer und Dipl.-Ing. Veronika Hilbermann, Zentrum Technik und Gesellschaft, Technische Universität Berlin, Sekretariat P2-2, Fon (030) 314-26854 oder -21016, E-Mail schaefer@ztg.tu-berlin.de oder hilbermann@ztg.tu-berlin.de

<sup>1</sup> Das Forschungsvorhaben ist am Zentrum für Technik und Gesellschaft (ZTG) der Technischen Universität Berlin und am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) angesiedelt und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) von 2002-2007 im Rahmen der „Sozial-ökologischen Forschung“ gefördert. Weitere Informationen auf [www.regionaler-wohlstand.de](http://www.regionaler-wohlstand.de) und [www.sozial-oekologische-forschung.org](http://www.sozial-oekologische-forschung.org)

### ■ Baustein Praxisbeirat

Ein wesentliches Element für die Einbindung von Praxisakteuren war der rund 15-köpfige Praxisbeirat, ein Expertengremium mit Vertretern/-innen aus Betrieben und Organisationen der Bio-Branche und deren Umfeld. In regelmäßigen Treffen (ein- bis zweimal jährlich) wurden wichtige Entscheidungen über die Ausrichtung der Forschungsarbeit in Zusammenarbeit mit dem Praxisbeirat getroffen. So wurden etwa zum Projektstart die Forschungshypothesen gemeinsam erörtert und im Hinblick auf Problemstellungen in der Praxis weiter entwickelt. Vorgelegt wurden auch Teil- und Phasenergebnisse, um sie zusammen zu bewerten und Transparenz über den Forschungsverlauf zu schaffen. Auf diese Weise konnten die Praxisakteure nachvollziehen, dass ihr Engagement tatsächlich aufgegriffen wurde und Einfluss auf den Forschungsprozess hatte. Die Beiratsmitglieder fungierten gleichzeitig auch als Multiplikatoren in das Praxisfeld hinein. Durch die Kontinuität der Zusammenarbeit und einen guten persönlichen „Draht“ zueinander, der sich im Laufe der Zeit entwickelte, konnte sich das Projekt als Wissensträger und kompetenter Ansprechpartner für die Branche etablieren. Daraus entstanden auch im weiteren Verlauf Anknüpfungspunkte für gemeinsame Praxisprojekte.

### ■ Baustein Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Durch das Selbstverständnis transdisziplinärer Forschung war die Kommunikation mit Akteuren auch außerhalb der Wissenschaft von Beginn an ein wichtiger Baustein des Forschungsvorhabens. Ziel war es, einen kontinuierlichen Kontakt und Austausch mit dem Praxisfeld aufzubauen, die Projektergebnisse weiterzugeben und für die Gestaltung nachhaltiger Entwicklung fruchtbar zu machen. Neben einem Flyer und Booklet mit grundlegenden Informationen über das Projekt war vor allem die Website [www.regionaler-wohlstand.de](http://www.regionaler-wohlstand.de) ein nützliches Medium, um aktuell über Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Praxisprojekte etc. zu berichten. Eine direkte Ansprache ermöglichte der ca. halbjährlich erscheinende Newsletter an einen größeren Kreis interessierter Akteure aus Wissenschaft und Praxis, der gezielt über den Stand der Forschungsarbeit und Neuigkeiten informierte.

Im letzten Drittel der Projektlaufzeit trugen vor allem die Ausstellung „Wohlstand hat viele Gesichter“ und eine gleichnamige Broschüre dazu bei, die Forschungsergebnisse zurück in die Branche und darüber hinaus in eine breitere, interessierte Öffentlichkeit zu tragen. Gezeigt wurde die Ausstellung bei wissenschaftlichen Tagungen, Fachveranstaltungen, Messen, aber auch bei Tagen der offenen Tür, Hoffesten und regionalen Events. Mit der Ausstellung und der Broschüre wurden der Branche die Vielfalt und der Wert ihrer Aktivitäten, aber auch Schwierigkeiten und Herausforderungen zurückgespiegelt, wodurch immer wieder Diskussionen und Auseinandersetzungen über das eigene Selbstverständnis und Leitbilder angestoßen wurden.

### ■ Schritte zum zukunftsfähigen Wohlstand: Praxisprojekte für die Region Berlin-Brandenburg

Mit Hilfe der geschilderten Bausteine konnte ein transdisziplinärer, umsetzungsorientierter Forschungsprozess realisiert werden, der die Ausrichtung des Projekts und damit auch die Ergebnisse im Wesentlichen auf relevante Belange der Praxis fokussierte. Es sollte jedoch nicht nur bei der Kommunikation der Forschungsergebnisse und daraus resultierenden Handlungsempfehlungen bleiben, sondern es war dem Projekt außerdem ein wichtiges Anliegen, modellhafte Praxisprojekte anzustoßen. Zusammen mit Kooperationspartnern aus der Branche entstanden mehrere Projekte, die als kleine Schritte den Weg für eine nachhaltige Entwicklung und zukunftsfähigen Wohlstand in der Region weisen können.

Aufsteller mit Einzelplakat „Erfolg“ als Eyecatcher



Copyright Jörn Vater

Ausstellung „Wohlstand hat viele Gesichter“ auf dem Bio-Erlebnistag, Berlin-Potsdamer Platz, September 2006



Foto: Projekt „Regionaler Wohlstand neu betrachtet“

### Politikberatung für eine nachhaltige Ausgestaltung der ELER-Verordnung in Brandenburg

Die Ausgestaltung und Konkretisierung der neuen ELER-Verordnung durch Bund und Länder in 2006 war ein günstiger Anknüpfungspunkt, um die Forschungsergebnisse für die Gestaltung förderlicher Rahmenbedingungen zu nutzen. Mit Hilfe der Forschungsergebnisse konnten gemeinsam mit Vertretern der ökologischen Anbauverbände Argumente zur Erhaltung der Ökolandbau-Förderung in Brandenburg und auf Bundesebene zusammengestellt und an die Politik kommuniziert werden. Dabei ging es nicht allein um den Erhalt der Förderung im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen, sondern auch um die Darstellung des Potenzials der multifunktional ausgerichteten Bio-Branche für ländliche Entwicklung im Allgemeinen. In Zusammenarbeit mit den Akteuren konnten Praxiswissen und wissenschaftliche Kompetenz bei der Erarbeitung eines Positionspapiers optimal zusammengebracht werden. Begleitend wurde der aktuelle Diskussions- und Entscheidungsstand hinsichtlich der ELER-Verordnung auf der Internetseite des Projekts und als discussion paper (Nölting 2006<sup>2</sup>) aufbereitet. An den vielen Anfragen zeigte sich im Laufe des ELER-Ausgestaltungsprozesses, dass sich das Projekt durch seine Nähe zur Praxis als kompetenter Ansprechpartner für dieses Thema etablieren konnte.

<sup>2</sup> Nölting 2006: Die ELER-Verordnung, nachhaltige ländliche Entwicklung und die ökologische Land- und Ernährungswirtschaft, ZTG discussion paper Nr. 23/06, Berlin, April 2006; PDF zum downloaden auf [www.regionalerwohlstand.de](http://www.regionalerwohlstand.de), Rubrik „Publikationen“

### Image-Kampagne „Bio Berlin-Brandenburg“

Mit der Image-Kampagne „Bio Berlin-Brandenburg“ wurde auf Basis der Forschungsergebnisse ein Instrument entwickelt, das insbesondere die gesellschaftlichen Leistungen der Branche als Argumente für den Kauf regionaler Bio-Produkte kommuniziert. Damit soll die Wahrnehmung dieser Leistungen gestärkt und verdeutlicht werden, welchen Nutzen der Kauf regionaler Bio-Produkte mit sich bringt, wie etwa die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten und damit auch den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region. Für die Konzeption der Kampagne konnten Studierende der Universität der Künste Berlin aus dem Studiengang „Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation“ durch das Forschungsprojekt gewonnen werden. Die Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin Brandenburg e.V. (FÖL) wurde als Kooperationspartner aus der Praxis eingebunden, um als „Auftraggeber“ die Erarbeitung der Kampagne zu begleiten.

Kernstück der Kampagne sind insgesamt neun zentrale Begriffe wie „Erfahrung“, „Reichtum“, „Liebe“, „Macht“, „Stärke“ etc., mit denen jeweils ein zentrales Ergebnis aus dem Forschungsprojekt anschaulich und kompakt kommuniziert wird – z. B. Aussagen wie: „Reichtum: 35 % der Bio-Betriebe in Berlin-Brandenburg haben stabile Handelspartner in der Region und tragen damit zur regionalen Wertschöpfung bei“. Die Begriffe sind jeweils mit fotografischen Motiven illustriert, die die Aussage unterstreichen. Für die Umsetzung wurden verschiedene Medien entwickelt, wie Plakate, Postkarten, Kino- und Radiospots, Give-aways etc.

Im Herbst 2005 wurde mit der Erarbeitung der Kampagne begonnen, ab Juni 2006 wurde diese in der Branche vorgestellt und nach geeigneten Umsetzungsmöglichkeiten gesucht. Im Herbst 2006 präsentierte die FÖL die Kampagne einem größeren Kreis regionaler Fachhändler. In der Diskussion zeigte sich, dass bisher nur wenige regionale Bio-Produkte für den Berliner Markt verfügbar sind und der Handel vorwiegend auf „auswärtige“ Produkte zurückgreifen muss. Daraus entstand der Entschluss, begleitend zur Kampagne konkrete Vorhaben zu entwickeln, um ein umfangreicheres regionales Warensortiment für den Berliner Markt aufzubauen und verfügbar zu machen. Es wurde die Gefahr gesehen, dass die Kampagne ins Leere laufen könnte, da die Verbraucher/-innen bisher nur eine geringe Auswahl regionaler Bio-Produkte in den Läden vorfinden.

Imagekampagne Bio Berlin-Brandenburg – Plakatentwurf mit neun zentralen Begriffen



Durch die Entwicklung der Kampagne konnte den Praxisakteuren konkret gezeigt werden, wofür sich die Ergebnisse des Projekts nutzen lassen. Positiv bewertet wurde mehrfach, dass es sich um wissenschaftlich fundierte Ergebnisse handelt, die in ein gelungenes Kommunikationskonzept übersetzt wurden. Ob eine Umsetzung erfolgt, liegt nun in den Händen der Praxisakteure in der Region.

### **LEADER+-Kooperationsprojekt zur Direktvermarktung regionaler Qualitätsprodukte in der Region Berlin-Brandenburg**

Eines der identifizierten Defizite in der Region besteht darin, dass Synergieeffekte, die durch die Stärkung, Ausweitung und Koppelung wohlstandsfördernder Aktivitäten der Bio-Branche entstehen könnten, noch nicht ausgeschöpft werden. Durch ein größeres Praxisprojekt im Rahmen von LEADER+ sollte modellhaft gezeigt werden, wie regionale Potenziale in den Bereichen Landwirtschaft, Direktvermarktung, Regionalmarketing und Tourismus erschlossen werden können. Angeregt durch das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) unterstützte das Forschungsteam vier Brandenburger LEADER+-Regionen intensiv dabei, ein gemeinsames Kooperationsprojekt zur Stärkung der Direktvermarktung zu konzipieren und umzusetzen.

Inhaltlich wurde in mehreren Schritten ein Konzept entwickelt, das als Kernstück den Aufbau eines „Netzwerks Direktvermarktung“ für ökologische und konventionelle Qualitätsprodukte aus den vier Regionen vorsieht, mit dem auch kleine Produzenten den Schritt insbesondere auf den dynamischen Berliner Markt wagen können. Darüber hinaus sollen ausgehend von dem Netzwerk und den kooperierenden LEADER+-Regionen Maßnahmen zur Stärkung von Stadt-Land-Brücken entwickelt werden. Gemeinsam mit den Produkten sollen auch die Herkunftsregionen und deren touristische Angebote sowie naturräumliche Highlights vermarktet und die Möglichkeiten der Direktvermarktung zur Wissensvermittlung über landwirtschaftliche und Ernährungsthemen genutzt werden.

Trotz des großen Interesses am Thema in den Regionen, bei den ansässigen landwirtschaftlichen Betrieben, den Kooperationspartnern und dem MLUV erwies sich das Projektentwicklungs- und Beantragungsverfahren als relativ zäh und mühsam. Grund hierfür war in erster Linie der Umstand, dass zu Beginn der Projektentwicklung bereits ein Großteil der zur Verfügung stehenden Programmmittel verausgabt bzw. schon gebunden war. Nach sehr umfangreichen und z. T. kontroversen Abstimmungsprozessen konnte jedoch ein für alle Beteiligten Erfolg versprechendes Konzept erarbeitet werden. Der Projektbeginn ist aufgrund der Finanzlage allerdings noch nicht gesichert.

### **Fazit: Kontinuierlicher Dialog und Ergebnistransfer in die Praxis haben sich bewährt**

Die erprobten Bausteine für einen kontinuierlichen Dialog mit Praxisakteuren und für den Ergebnistransfer haben sich bewährt, um den Kontextbezug und die Umsetzungsrelevanz des Forschungsprojekts zu gewährleisten. Auf Basis der Ergebnisse konnte das Projekt Umsetzungsprozesse durch Beratung unterstützen bzw. modellhafte Praxisprojekte anstoßen. Allerdings bewegen sich transdisziplinäre Forschungsprojekte mit ihrem Engagement für den Ergebnistransfer in die Praxis in einem Spannungsfeld: Gerade im Hinblick auf die Kriterien, mit denen die Qualität wissenschaftlicher Arbeit herkömmlicherweise beurteilt wird, wie z. B. die Zahl der Veröffentlichungen, stellt sich immer wieder die Frage, wie viel Zeit und Aufwand für die Begleitung und Initiierung von Praxisprojekten investiert werden kann. Die Diskussion darüber, nach welchen Maßstäben die Qualität transdisziplinärer Forschung zu beurteilen ist, hat begonnen (z. B. Bergmann et al. 2005<sup>3</sup>) und sollte in Zukunft verstärkt fortgesetzt werden, um Lernprozesse zwischen Wissenschaft und Praxis zu befördern und praxisorientiertes Forschen stärker zu honorieren.

Die Ergebnisbroschüre „Wohlstand hat viele Gesichter“ ist unter [www.regionaler-wohlstand.de](http://www.regionaler-wohlstand.de), Rubrik Aktuelles zu bestellen.

<sup>3</sup> Bergmann, M. et al. 2005: Qualitätskriterien transdisziplinärer Forschung. Ein Leitfaden für die formative Evaluation von Forschungsprojekten. ISOE-Studientexte Nr. 13, Frankfurt am Main, 2005

## Förderpreis Ökologischer Landbau



Am 26. Januar 2007 wurde auf der Internationalen Grünen Woche Berlin zum siebten Mal der „Förderpreis Ökologischer Landbau“ des BMELV verliehen. Den bundesweit ausgeschriebenen Preis im Gesamtwert von 25 000 € erhielten die drei besten der insgesamt 77 Bewerber.

Im Rahmen des vom KATALYSE Institut für angewandte Umweltforschung ausgerichteten Förderpreises Ökologischer Landbau werden ökologisch wirtschaftende Betriebe ausgezeichnet, die innovative Leistungen in der betrieblichen Praxis vorweisen können oder eine besondere gesamtbetriebliche Konzeption verfolgen.

Die vom Bundesministerium berufene Jury aus Vertretern von Landwirtschafts-, Verbraucher- und Umweltverbänden sowie der Wissenschaft achtet v. a. darauf, dass sich die Leistungen der Bewerber auf andere ökologisch wirtschaftende Betriebe übertragen lassen und somit zur Akzeptanz und Verbreitung der ökologischen Landwirtschaft beitragen. Darüber hinaus soll der Förderpreis dazu beitragen, die Verbraucher über die Produktionsweise und die Qualität der ökologisch erzeugten Lebensmittel zu informieren und eine gesteigerte Nachfrage von Produkten und Dienstleistungen der Öko-Branche zu erreichen.

Bewerben konnten sich die Teilnehmer in folgenden Bereichen:

- Pflanzenbau, Pflanzenzüchtung
- Artgerechte Tierhaltung, Tierzucht und -fütterung
- Hofeigene und betriebliche Verarbeitung, Dienstleistungen (Einkommenskombinationen)
- Vermarktung
- Naturschutz, Landschaftsgestaltung, Ressourcenschutz
- Besondere praxismgerechte Leistungen zur Weiterentwicklung der EG-Öko-Verordnung (z. B. Aquakultur, Wildtierhaltung)
- Gesamtbetriebliche Konzeption

### Preisträger

In seiner Laudatio betonte Jury-Mitglied Joachim Bauck vom Bauckhof, Amelinghausen, dass es sich bei den Preisträgern um Betriebe handelt, „die im ökologischen Anbau, in der Verarbeitung, im Vertrieb und im Sozialen vorbildliche Arbeit leisten.“



### Martinshof: Herstellung und Vermarktung von Ziegenmilchprodukten

Der Martinshof, Saarland, der sich im Bereich „Hofeigene und betriebliche Verarbeitung“ beworben hatte, erhielt den 1. Preis im Wert von 10 000 €. Der Preisträger zeichnet sich dadurch aus, dass er Nischenprodukte aus ökologischer Ziegenmilch zu geläufigen Produkten entwickelt hat, und stellt somit aus Sicht der Jury einen Modellbetrieb dar, dessen Konzept auch auf andere ökologisch wirtschaftende Betriebe übertragbar ist.

Der seit 1984 nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus wirtschaftende Martinshof, der aus der Naturschutzvereinigung Martin-Ott-Stiftung e.V. hervorging, hat mittlerweile 28 Biolandhöfe, Gärtner, Winzer und Bäcker als Lieferanten. Neben den Fleisch- und Wurstwaren werden v. a. Ziegenmilch, -quark und -joghurt hergestellt. Zum Hof gehören rund

200 Milchziegen und eine 25-köpfige Mutterkuhherde, die in artgerechter Tierhaltung in luftigen Ställen und auf kräuterreichen Weiden gehalten werden. Zudem gibt es eine eigene Käserei sowie eine Biolandmetzgerei. Als Vermarktungseinrichtungen des Hofes sind der Stadtladen in Saarbrücken sowie der „Biobus“-Lieferservice zu nennen. Seit 1997 hat sich die Zahl der Mitarbeiter von etwa 25 auf fast 60 entwickelt. Damit ist der Martinshof eines der größten Unternehmen des ökologischen Landbaus in Südwestdeutschland. Die vier Ausbildungszweige Landwirtschaft, Metzgerei, Fleischwarenverkauf und Kaufmann mit Schwerpunkt Naturkost bieten darüber hinaus jungen Menschen eine Ausbildungsmöglichkeit und tragen dazu bei, dass ökologisches Gedankengut an die junge Generation weiter getragen wird.



Ursprünglich stand für den Biolandhof die klassische Direktvermarktung mit Hofladen und Präsenz auf Wochenmärkten im Vordergrund. 1986 wurden Hof-Metzgerei und Käserei gebaut und im darauf folgenden Jahr hatte der Martinshof einen der ersten deutschen Lieferdienste für Bio-Lebensmittel an Privatkunden. Mit dem Stadtladen in Saarbrücken, der 1998 eröffnet wurde, wird über die Hälfte des Umsatzes erwirtschaftet. Überdies dient der Laden als Schaufenster für die Verbraucher und bringt Rückmeldungen z. B. in Bezug auf die Produktqualität. Mit der Zulassung der Martinshof-Verarbeitungsbetriebe als EU-Betriebe war die Voraussetzung für eine Belieferung über die Landesgrenzen hinweg geschaffen. Durch den Zusammenschluss mit einer überregional tätigen Firma 2005 liefert der „Biobus“ über das Saarland hinaus nach Lothringen, Luxemburg, Belgien und Rheinland-Pfalz.

Inzwischen sind Ziegenmilchprodukte nicht mehr nur auf einen begrenzten Abnehmerkreis in der „Bio-Nische“ beschränkt. Der Martinshof hat diese Produkte so weiter entwickelt, dass sie in vielen Vertriebskanälen angeboten werden können und gleichzeitig ihre Identität als bäuerliches Produkt bewahren.

**Weitere Informationen:**  
[www.martinshof.de](http://www.martinshof.de)



Fotos: Martinshof



### Kurgestüt Hoher Odenwald: Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Bio-Stutenmilch

Der mit 8 000 € dotierte 2. Preis ging an den Demeter-Betrieb Kurgestüt Hoher Odenwald im baden-württembergischen Waldbrunn, der seine Bewerbung im Bereich „Gesamtbetriebliche Konzeption“ eingereicht hatte. Ausgezeichnet wurde der Betrieb der Familie Zoll-

Im Gestüt werden täglich ca. 200 l Stutenmilch gemolken. Die Milch bleibt vollkommen unbehandelt und wird zur Haltbarmachung lediglich gefroren, gefriergetrocknet oder vergoren. Stutenmilch findet v. a. in der Säuglingsernährung und als Aufbaunahrung bei älteren Personen Verwendung. Zum Produktsortiment des Familienbetriebes gehört neben Trinkprodukten eine unter Verwendung von Stutenmilch hergestellte Kosmetikserie. Eine besondere Leistung stellt die Einführung und Entwicklung eines Verfahrens zur Herstellung der vergorenen Stutenmilch (Kumys) im Jahr 1975 dar. Mit aus der Türkei bezogenen originalen Kumyskulturen, die bis heute mit Erfolg gepflegt werden, wird das schmackhafte Sauermilchgetränk hergestellt.

Eine zusätzliche innovative und vorbildliche Leistung des Kurgestüts besteht in der Festlegung von Hygienestandards für Stutenmilchverarbeitung. Das tierärztliche Institut der Universität Gießen hat für den Betrieb im Odenwald ein Kontrollprogramm entwickelt, welches die Verkehrsfähigkeit der Stutenmilch als Lebensmittel kontinuierlich prüft.

In Waldbrunn ist die Tierhaltung von 150 Melkstuten mit Fohlen und einer Jungstutenherde an die natürlichen Bedürfnissen der Pferde angepasst. Großzügige Weidehaltung, Auslaufmöglichkeiten sowie die Haltung in Herden ermöglichen es, gesunde Milchpferde zu führen. So werden auf den rund 450 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche ökologische Erzeug-



mann für seine Pionierarbeit in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Bio-Stutenmilch und deren Produkten in Verbindung mit natürlich-biologischer Tierhaltung und -ernährung.

Das 1959 gegründete und seit 1980 als Demeter-Betrieb wirtschaftende Kurgestüt ist Pionier, da es maßgeblich am kontinuierlichen Aufbau und der Entwicklung des Stutenmilchmarktes beteiligt ist. So unterstützte es beispielsweise wissenschaftliche Arbeiten über Stutenmilch, die in den 60er Jahren noch ein völlig neues Produkt war.



Fotos: Kurgestüt Hoher Odenwald

nisse angebaut, die hauptsächlich zur Fütterung der 330 Pferde verwendet werden.

Die Nachhaltigkeit des Konzeptes wird auch daran ersichtlich, dass bereits die dritte Generation in die Arbeit auf dem Betrieb eingebunden ist. Unterstützung bekommt das Kurgestüt zusätzlich von einem Team aus Lebensmitteltechnologern, Agrarwissenschaftlern sowie Informatikern.

**Weitere Informationen:**  
[www.kurgestuet.de](http://www.kurgestuet.de)



### Gut Wulfsdorf: erfolgreiche Umstellung eines größeren Hofes auf ökologischen Landbau

Ebenfalls für seine gesamtbetriebliche Konzeption wurde das Demeter-Gut Wulfsdorf aus Ahrensburg, Schleswig-Holstein, ausgezeichnet. Es erhielt den 3. Preis im Wert von 7 000 €.

Die Auszeichnung begründet die Jury einerseits mit der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung des Guts seit der Umstellung auf die biologisch-dynamische Landwirtschaft. Andererseits sei hierfür die Rolle des Guts als Impulsgeber über die Grenzen des Betriebes hinaus ausschlaggebend.

Die 1907 erbaute Hofanlage des Guts Wulfsdorf liegt am Stadtrand von Hamburg und gehört seit 1926 der Hansestadt. Georg und Elisabeth Lutz pachteten das Gut 1989 von der Stadt und machten aus dem Staatsbetrieb mit wenig Eigenkapital binnen 17 Jahren ein wirtschaftlich erfolgreiches Hofgut. Im Laufe der Jahre wurden mit starker Eigenleistung viele Hofgebäude neu- und umgebaut und das Hofgelände besucherfreundlich gestaltet.

Das Herzstück des landwirtschaftlichen Betriebes ist heute die Milchviehhaltung, welche 53 Milchkühe, 30 Mutterkühe und die gesamte Nachzucht umfasst. Überdies werden im Jahr 300 Schweine und 150 Gänse gemästet. Die Weiden werden von einer Rinderherde, die 270 Tiere

zählt, genutzt. Einige Pferde, Schafe, Hühner und Tauben ergänzen die Viehhaltung. Auf der 360 ha umfassenden biologisch-dynamisch bewirtschafteten Fläche des Guts Wulfsdorf werden Speisegetreide, Futtergetreide, Futtererbsen, Ackerbohnen, Lupinen, Silomais, Speisekartoffeln sowie vielfältiges Gemüse angebaut. Neben den vier Landwirten und vier Auszubildenden, die im Ackerbau und in der Viehwirtschaft beschäftigt sind, arbeiten vier Gärtner im Gemüsebau.

Der 2002 erbaute große Hofladen mit Café und Metzgerei ist das Zentrum der Vermarktung. Darüber hinaus wurde eine Halle für den Marktbetrieb erstellt. Die Unternehmen „Die Grüne Kiste“ und die Hofmetzgerei Dreymann gründeten sich als Kooperationspartner auf dem Gelände von Gut Wulfsdorf. Auf dem Hof und den zugehörigen Kooperationsbetrieben wurden ca. 60 regionale Arbeitsplätze geschaffen.

Bedingt durch die günstige Lage des Hofguts und die besucherfreundliche Gestaltung entwickelte sich eine intensive Direktvermarktung, über die fast alle Hofezeugnisse abgesetzt werden. Hinzu kommen die hofeigenen Marktstände in Hamburg und der Abokistenservice (Hauslieferservice) der „Grünen Kiste“, durch die regionale Kunden bedient werden. Hofladen, Metzgerei, Abokiste und der Marktstand mit Gemüse bedienen pro Woche je ca. 1 400 Kunden.

Um Menschen aus der Region die Möglichkeit zum gemeinnützigen Engagement im Hofzusammenhang zu geben, wurde 1997 der Initiativkreis Gut Wulfsdorf e.V. gegründet. Hierin wurden zwei Plätze für das Freiwillige Ökologische Jahr geschaffen. Zudem organisiert der Verein Hofführungen und kümmert sich um die Pflege



von Biotopen in der Feldmark sowie die Organisation von Festen und kulturellen Veranstaltungen.

Auf einem 6,5 ha großen Gelände mit Werkstätten und einigen Wohngebäuden in unmittelbarer Nähe des Gutes entsteht zzt. aufgrund einer Initiative von Georg Lutz und weiterer Menschen aus dem Umfeld Norddeutschlands größtes ökologisches und soziales Wohnprojekt, die Allmende-Wulfsdorf. Durch die Vernetzung des Hofes mit dem Allmende-Projekt und mit dem benachbarten Naturschutzverein Jordsand, dessen Park als Naturerlebnisraum genutzt wird, entstehen Synergieeffekte, die zur Erhöhung der Attraktivität des Hofgutes Wulfsdorf beitragen. CS



Fotos: Gut Wulfsdorf

## Landwirtschaft in Rumänien – Chancen durch Ökolandbau?

Stefan Simon und Bianca Borowski\*

**Rumänien ist seit dem 1. Januar 2007 neues Mitglied der EU. Damit ist der „Club der 27“ um ca. 14 Mio. ha landwirtschaftliche Nutzfläche und rund 4,75 Mio. Betriebe reicher. Das Land ist jedoch noch das wirtschaftliche Schlusslicht der EU, auch weil der Erwerbsektor Landwirtschaft in Rumänien eine große Rolle spielt. Die Strukturen der rumänischen Landwirtschaft umfassen ein sehr breites Spektrum. Dank Ökolandbau und einer verbesserten Ausbildung haben auch kleine Betriebe eine Chance.**

**K**napp die Hälfte der Rumänen, rund 10 Mio. Menschen, lebt auf dem Land, und ein Drittel der Erwerbstätigen erwirtschaftet das Einkommen in der Landwirtschaft. Zum Vergleich: in Deutschland sind es rund 3 %. Die Arbeitslosigkeit in Rumänien liegt nach offiziellen Angaben bei 6 %. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die verdeckte Arbeitslosigkeit wesentlich höher ist, da viele Arbeitskräfte auf dem Land nicht registriert sind und die Eigenversorgung hoch ist.

### Große Strukturunterschiede

Die Struktur der Betriebe weist eine hohe Diversität auf, es sind sowohl Kleinst- als auch große Agrarbetriebe zu finden. Über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird von Familien zur Selbstversorgung per Hand, Pferd

und mit veralteten Maschinen bewirtschaftet. Die Durchschnittsgröße der Familienbetriebe, die sich vor allem in den Mittelgebirgen Zentral- und Nordrumäniens befinden, liegt bei lediglich 1,8 ha. Großbetriebe befinden sich demgegenüber im Süden des Landes und umfassen durchschnittlich ca. 270 ha pro Betrieb. Teilweise besitzen sie auch mehrere tausend Hektar. Eine wichtige Entwicklung ist, dass aufgrund der niedrigen Preise von zzt. je nach Region ca. 600 bis 1 800 € pro ha immer mehr Flächen – oft Schwarzerdeböden – von ausländischen Unternehmen aufgekauft werden. Insbesondere italienische, britische und österreichische Investoren haben das Land entdeckt. Auf diesen Flächen finden sich im Gegensatz zu den traditionellen Pferdegespannen der Kleinbauern modernste Maschinen aus Westeuropa.

Die Rückgabe der Ländereien ist bis heute nicht abgeschlossen und eine Bodenreform oder eine Flurbereinigung haben bisher nicht stattgefunden. So gehören beispielsweise einer Landbesitzerin aus der Großstadt Brasov/Kronstadt in einer Gemeinde in der Nähe von Fagaras in Transilvanien 6,5 ha Land, das auf 32 Flächen verteilt ist. Keine der Flächen ist bisher ins Grundbuch eingetragen, obwohl Lagepläne aus der Zeit vor dem Kommunismus existieren. Die einzigen eingetragenen Flächen sind die der Familie des Bürgermeisters. Vetternwirtschaft und Korruption sind noch vielfach an der Tagesordnung.

\* Stefan Simon ist Dipl.-Ing. der Fachrichtung Ökologische Agrarwissenschaften. Zzt. schreibt er seine Masterarbeit zum Thema „Perspektiven der Ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft in Rumänien“ an der Universität Kassel. Er gehört dem Vorstand von EkoConnect – Internationales Zentrum für Ökologischen Landbau Mittel- und Osteuropas e.V., Dresden, an: [www.ekoconnect.org](http://www.ekoconnect.org)  
Bianca Borowski hat Umweltwissenschaften in Lüneburg studiert. Neben ihrer Arbeit als Assistentin der Geschäftsführung beim Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW), Berlin, ist sie freie Autorin.

## Negative Handelsbilanz trotz bester Böden

Die wichtigsten Produkte der rumänischen Landwirtschaft sind Weizen, Sonnenblumen, Mais, Gerste und Soja. Obwohl die Qualität der Böden vielfach besser ist als in Deutschland, liegen die Hektarerträge im Durchschnitt bei 50 % der hier erzeugten Mengen. Durch die deutlichen Lohnerhöhungen in den Großstädten wächst zudem die Verbrauchernachfrage nach verarbeiteten Produkten. Diese kann die rumänische Land- und Lebensmittelwirtschaft nicht decken, da es u. a. an verarbeitenden Lebensmittelunternehmen fehlt. Verschärft wird die Situation dadurch, dass viele Betriebe den hygienischen Standards der EU nicht genügen und nicht mehr produzieren dürfen. Daher hat Rumänien eine negative Handelsbilanz bei landwirtschaftlichen Produkten und importiert über 40 % der Nahrungsmittel. Nach Angaben der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) lag der Wert für die Ausfuhren von landwirtschaftlichen Produkten im Jahr 2005 bei 0,67 Mrd. € und damit um 1,29 Mrd. € unter dem Wert für Agrarimporte.

## Ursachen für niedrige Produktivität

Neben dem Umgang mit (häufig veralteten) Maschinen und den ungeklärten Besitzverhältnissen ist die Ausbildung der Bauern die Hauptursache für die niedrige Produktivität. Viele Arbeitskräfte, die heute in der Landwirtschaft beschäftigt sind, haben früher in einer LPG (CAP) gearbeitet und waren dort auf ein Produktionsgebiet spezialisiert, z. B. als Melker oder Traktoristin, eine solide landwirtschaftliche Ausbildung fehlt. Sie haben keine innere Beziehung zur Landbewirtschaftung und agieren unselbstständig. Die wenigen gut ausgebildeten Kräfte wandern ins Ausland ab, weil sie dort mehr verdienen. Das mangelnde Know-how ist ein wesentlicher Grund für die niedrige Produktivität. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen: Für eine höhere Milchleistung wäre es unerlässlich, den Energiegehalt durch Getreideschrot zu erhöhen. Stattdessen werden den Kühen häufig ganze Maiskörner gefüttert, die nicht verdaut werden können. Die Produktion von Silage existiert bisher ebenfalls kaum. In der Pflanzenproduktion ist eine feinkrümelige Saatbettbereitung, wie sie ein

Auszubildender von Beginn an lernen sollte, keine gängige Praxis. Oft wird nach dem Pflügen gesät, sodass nur relativ wenig Saat geht. Viele lückige Maisbestände zeigen dies deutlich. Trotz schlechter Ernten und ungenügender Qualität wird zudem an Monokulturen festgehalten.

Nicht mit der Situation in Deutschland zu vergleichen ist auch die Wartung und Pflege der landwirtschaftlichen Maschinen, denn es fehlt den Landwirten z. B. an Unterstellmöglichkeiten für ihre Gerätschaften. Ob Mähdrescher oder Traktor, sie stehen Sommer wie Winter im Freien. Nach ein paar Jahren sind sie daher nicht mehr zu verwenden. Zudem sind die Geräte oft veraltet und erschweren ein effizientes Arbeiten. Mit den veralteten Maschinen werden falsch dosierte Mengen an Pestiziden und Kunstdüngern ausgebracht, denn viele – auch Kleinbauern – denken, ohne Chemie wächst nichts auf ihrem Acker.

Die Landwirtschaft unterscheidet sich in Rumänien von Region zu Region: Großflächen im Süden Rumäniens

Kleine Flächen im Norden Rumäniens



Foto: J. Peggel



Foto: S. Simon

## Ökologischer Landbau – mehr als extensives Wirtschaften

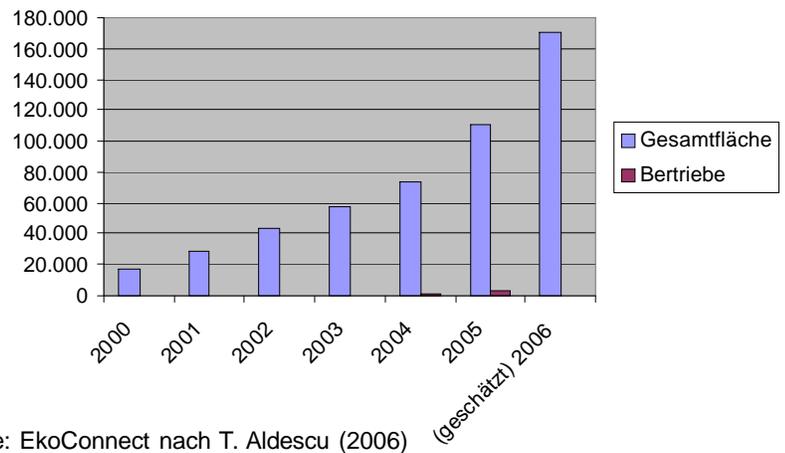
Angesichts der Armut in Rumänien herrscht im Ausland die Meinung vor, dass die kleinen Bauern in Rumänien kein Geld für Spritzmittel und Kunstdünger besitzen und bereits alles ökologisch produziert wird. Immer wieder begegnet Wolfgang Raddatz, der vor sechs Jahren nach Rumänien kam, um für junge Menschen eine Ausbildungsstätte im ökologischen Landbau aufzubauen, dieser Einstellung. „Viele Menschen denken, dass die extensiven kleinbäuerlichen Betriebe per se nachhaltig wirtschaften. Diese Aussage trifft sicherlich für die Grünlandregionen im Gebirge zu“, sagt der Agraringenieur aus Deutschland, der sich inzwischen im Dorf Boiu bei Sighișoara/Schässburg zu Hause fühlt. „Doch biologisches Wirtschaften unterscheidet sich von dem, was die Bauern hier praktizieren. Es fehlt das Fachwissen in der Pflanzenproduktion und in der Tierhaltung, um wirklich nachhaltig zu arbeiten.“ Kaum verbreitet sind z. B. Fruchtfolgen, wie sie im ökologischen Landbau vorgesehen sind, das regelmäßige Ausbringen von Mist auf den Acker oder der Anbau von Pflanzen zur Gründüngung. Helle und luftige Ställe sind kaum zu finden – vielmehr ähneln

die Ställe dunklen Kellern, Mist und Gülle fließen oft über die Straße in die Bäche. Inzwischen haben jedoch die skeptischen Nachbarn der Ausbildungsstätte bemerkt, dass die Pflanzen auf dem Acker gut wachsen, die Kühe viel Milch geben und biologischer Landbau Qualität und Menge der landwirtschaftlichen Produkte erhöhen kann – und das ohne teure Pflanzenschutz- und synthetische Düngemittel.

Ökologischen Landbau gibt es bereits seit 1989 in Rumänien. 2005 wurden nach offiziellen Angaben des Landwirtschaftsministeriums 110 400 ha nach ökologischen Richtlinien bewirtschaftet (vgl. Abb.1), dies entspricht

0,75 % der gesamten Agrarfläche des Landes. Jeweils ca. 25 % der Gesamt-Ökofläche werden für den Getreideanbau sowie für den Anbau von Öl- und Eiweißpflanzen genutzt. Rund 45 % der Ökofläche sind Grünland. In der Bio-Tierhaltung sind Schaf- und Kuhmilchproduktion zur Käseherstellung sowie Legehennen- und Bienenhaltung bedeutend. Wichtig ist auch die ökologisch zertifizierte Wildsammlung von Beeren, Kräutern und Heilpflanzen. Die Zertifizierung und Kontrolle übernehmen neben mehreren ausländischen Kontrollstellen die beiden in Rumänien angesiedelten Kontrollorgane S.C. Ecoinspect S.R.L. (Cluj) und Biocert (Bukarest).

**Abbildung 1:**  
Entwicklung des Ökologischen Landbaus in Rumänien



Quelle: EkoConnect nach T. Aldescu (2006)

Einfahren des Heus mit dem Pferdegespann in Șoala/Schaal in Siebenbürgen

Das Straßendorf Valea Viilor/Wurmloch ist typisch für die Region, die ehemals von Siebenbürger Sachsen besiedelt war



Foto: S. Simon



Foto: S. Simon

Zzt. gibt es in Rumänien nach Angaben der Kontrollstelle Eco-inspect knapp 4 000 kontrollierte Biobetriebe. Der größte Ökobe-trieb hat eine Fläche von 1 800 ha, der kleinste besitzt 2 ha. In-ge-samt wird hier der Dualismus zwi-schen Tradition und Moderne deutlich. Interessant ist, dass sich der Ökomarkt in Rumänien – anders als in Deutschland – über Verträge weitsichtiger Bio-Bauern mit Direktabnehmern wie z. B. der METRO recht schnell entwickelt, während Zwischen- und Großhan-delsstrukturen erst langsam auf-gebaut werden.

Ziel des staatlichen Strategie-plans für Ökolandbau ist eine Stei-gerung der Fläche auf 250 000 ha im Jahr 2007 bzw. 400 000 ha in 2010 (umgerechnet ca. 2,7 % der gesamten landwirtschaftlichen Flä-che). Eine staatliche Unterstüt-zung gab es bisher jedoch nur unregelmäßig. Landwirte bemän-geln, dass Unterstützungen oft nur über kurze Perioden von ein bis zwei Jahren gezahlt werden. Da-mit sei eine langfristige Planung, wie sie für die Umstellung auf den Ökolandbau notwendig ist, nicht möglich. Das Ministerium hat 2006 unterschiedliche Feldfrüchte und Tierarten gefördert (vgl. Tab. 1) und ein Bio-Siegel nach deutschem Vorbild für alle ökologisch erzeu-gten Produkte verbindlich einge-führt.

**Tabelle 1:**  
**Förderungen für Ökolandbau im Jahr 2006 in Rumänien**

Kultur/Tierart	€/ha bzw. Kopf
Soja & Sonnenblumen	233
Textilpflanzen	292
Medizinalpflanzen	350
Gemüse	175 - 2041
Obst & Wein	233
Milchkühe	58
Schafe/Ziegen	8,75
Bienen	8,75
Schweine	35

Quelle: EkoConnect nach T. Aldescu (2006)

Auch im Ökolandbau sind die Strukturen wie im konventionellen Bereich sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite existieren viele Kleinstbetriebe mit zwei bis fünf Kühen, die beispielsweise eine Käseerei mit Biomilch beliefern. Einige dieser Familienbetriebe versuchen ihre Produkte auch direkt zu vermarkten, etwa über die BioCoop im siebenbürgischen Si-biu/Hermannstadt. Diese Koope-rative ist einzigartig für Rumänien, denn andere Absatzgenossen-schaften gibt es bisher weder im konventionellen noch im ökologi-schen Bereich. Die Bauern haben eine große Abneigung gegen be-triebliche Zusammenschlüsse – der Sozialismus hat seine Spuren hinterlassen ...

Auf der anderen Seite beein-flussen große ausländische In-vestoren aus Westeuropa auch die ökologische Produktion (z. B. ASI Nature mit drei Betrie-ben und insgesamt 3 200 ha: www.asinature.ro). Diese Unter-nehmen, die die Flächen mit ho-hem Kapitaleinsatz und modern-ster Technik bewirtschaften, klagen vor allem über schlecht qualifizierte und schwer motivierbare Mitarbei-ter.

Ostkarpaten:

Transport von Milchkannen zur Molkerei



Foto: J. Pegel

Traditionelle Trocknung von Heu bei Vatra Dornei



Foto: J. Pegel

### Chancen junger Menschen durch Ausbildung im Ökolandbau verbessern

Um die Ausbildung junger Menschen zu verbessern, hat die FCE Stiftung für Kultur und Ökologie mit Sitz in Mediaș/Rumänien einen ökologischen Ausbildungshof ins Leben gerufen. Auszubildende werden über entsprechende Ausbildungsprogramme nicht nur in die besonderen Verfahrensweisen ökologischen Landbaus am praktischen Beispiel eingeführt, auch die finanziellen und buchhalterischen Aspekte eines ökologisch geführten Hofes werden vermittelt. Ergänzt wird die praktische Ausbildung im Bereich des ökologischen Landbaus durch verschiedene allgemein bildende Maßnahmen für die Jugendlichen. Dieses Projekt für angehende Ökobauern bzw. landwirtschaftliche Facharbeiter wird von Partnern aus Deutschland finanziert. Weitere Informationen hierzu finden sich im Internet unter [www.fcenet.com](http://www.fcenet.com).

Projekte, wie sie z. B. EkoConnect, das Internationale Zentrum für Ökolandbau in Mittel- und Osteuropa, zur Unterstützung von Landwirten mit Seminaren und Kursen durchführt, helfen nicht nur auf der fachlichen, sondern auch auf der sozialen Ebene. In einer Gesellschaft, in der planerisches und selbstverantwortliches Handeln über Jahrzehnte hinweg nicht erwünscht war, ist die größte Herausforderung nicht nur das Erlernen von Fachwissen, sondern das Umsetzen ([www.ekoconnect.org](http://www.ekoconnect.org)).

In speziellen Projekten werden Landwirte z. B. bei der Gründung von Kooperationen und Absatzgenossenschaften begleitet. Sie werden in Fortbildungskursen im Bereich der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung, aber auch zu Themen wie Agrotourismus oder regenerativen Energien geschult. Damit schaffen sie sich ein sicheres Einkommen und eine nachhaltige Perspektive in ihrer Region.

### Blick in die Zukunft

Der Beitritt zur EU stößt in Rumänien einen großen Wandel an. Welche Möglichkeiten haben die Bauern? Eine Betriebsaufgabe können sich die Kleinbauern nicht leisten, denn Nahrungsmittel kosten ungefähr das Gleiche wie in Deutschland und das bei einem landesweiten Durchschnittseinkommen von rund 150 € pro Monat. Die Menschen in Rumänien – insbesondere auf dem Land – sind auf die Produktion ihrer eigenen Lebensmittel angewiesen.

Zum einen sind Eigeninitiative und Durchhaltevermögen einzelner Personen gefragt, die mit Projekten positive Möglichkeiten aufzeigen. Funktioniert das Projekt, wie der kleine Bioladen der BioCoop in Sibiu, schließen sich nach kurzer Zeit neue Landwirte an. Im ökologischen Bereich finden sich viele gute Beispiele, insbesondere dort, wo Betriebsleiter eine Ausbildung im Ausland genossen haben und das gesammelte Know-how nun erfolgreich auf ihrem Land anwenden. Wenn mehr Menschen

Zugang zu ökologischem Fachwissen hätten und ihre Motivation und Eigenständigkeit gestärkt werden könnten, könnte die landwirtschaftliche Produktion gesteigert und zugleich nachhaltig ausgerichtet werden.

Zum anderen sind die EU-Politik und die rumänische Verwaltung gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu verbessern. Wichtig ist, dass mit den neuen Förderprogrammen 2007-2013 nicht nur die großen Marktfruchtbetriebe, sondern möglichst viele Menschen, auch auf den vielen kleinen Bauernhöfen, erreicht werden. Wesentlich ist auch, dass nicht ausschließlich Subventionen gewährt, sondern Programme entwickelt werden, die die Betriebsleiter befähigen, wettbewerbsfähige Betriebe zu führen. Kleinbetriebe haben bisher weder das Know-how noch die finanziellen Reserven, um notwendige Investitionen, z. B. in neue Wirtschaftsgebäude, zu tätigen. Auch der Aufbau von Verarbeitungsstrukturen benötigt finanzielle Unterstützung und die Vermittlung von Wissen an Bauern und Verarbeiter. Mit ökologischer Wirtschaftsweise und einer veränderten Einstellung zu verstärkter regionaler Kooperation haben auch die kleinen Betriebe in Rumänien eine Chance, in der EU zu bestehen. ■



Durch extensive Bewirtschaftung entstandene Landschaft bei Alba Iulia im Apusenengebirge

Foto: S. Simon

## Landwirtschaftliche Kleinerzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Theodor Fock und Dipl.-Ing. (FH) Jacqueline Tillack \*

**Zum ländlichen Leben gehört neben der eigentlichen, marktorientierten Landwirtschaft traditionell selbstversorgungsorientiertes Wirtschaften. Soweit damit die typische Bewirtschaftung eines Hausgartens übertroffen wird, die Produktion landwirtschaftlicher Güter jedoch „unterhalb“ der landwirtschaftlicher Betriebe bleibt, wird von Kleinlandwirtschaft bzw. landwirtschaftlicher Kleinerzeugung gesprochen. Im Mittelpunkt einer Studie in der Modellregion Mecklenburgische Seenplatte des Bundeswettbewerbs „Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“ standen die Menschen, die Kleinlandwirtschaft betreiben.**

### Kleinlandwirtschaft seit dem 19. Jahrhundert

Landwirtschaftliche Kleinerzeugung hat für die Bevölkerung im ländlichen Raum schon immer eine große Bedeutung gehabt. In den mecklenburgischen Großherzogtümern wurde im 19. Jahrhundert im Rahmen der Büdner- und Häusleransiedlung Land zur Selbstversorgung verteilt. Die Büdnerereien entwickelten sich häufig zu Kleinbauernstellen weiter. Ein Nebeneinander von selbstversorgungs- und marktorientiertem Wirtschaften blieb auch danach in der Weimarer Republik, in der Zeit des Nazi-Regimes und verstärkt in der Zeit der Bodenreform nach 1945 mit der Neuschaffung zahlreicher Kleinbauernstellen bestehen. Im Zuge der Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft wurde kleinbäuerliches Wirtschaften

zunächst stark zurückgedrängt. Parallel zu den staatlich gelenkten Großbetrieben erfuhr die landwirtschaftliche Kleinproduktion auf den Hofstellen der LPG-Bauern, aber auch weit darüber hinaus einen nicht nur geduldeten Aufschwung. Aus staatlicher Sicht war der Beitrag zur Nahrungsmittelversorgung und zur Nutzung brachliegender Ressourcen notwendig und erfuhr durch die Agrarpreisreform 1984 eine erneute Förderung. Mit der Wende 1989/90 ging diese Form der landwirtschaftlichen Kleinerzeugung durch veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen, aber auch ein verändertes Konsumverhalten stark zurück. In ländlich geprägten Gegenden gehört eine derartige Kleinproduktion jedoch auch heute noch zum alltäglichen Leben.<sup>1</sup>



Foto: J. Böttcher

\* Prof. Dr. Theodor Fock und Dipl.-Ing. (FH) Jacqueline Tillack, Hochschule Neubrandenburg, Fachbereich Agrarwirtschaft und Lebensmittelwissenschaften, Fon (0395) 5693 201/207, E-Mail fock@hs-nb.de. Die ausführlichen Untersuchungsergebnisse sind als Band 24 (Reihe A) der Schriftenreihe der Hochschule Neubrandenburg („Landwirtschaftliche Kleinerzeugung in der Region Mecklenburgische Seenplatte“) erschienen (108 Seiten, 8,- €).

<sup>1</sup> Für die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländer der EU wurde wegen der großen Bedeutung der landwirtschaftlichen Kleinerzeugung bei den Betriebsformen sogar eine zusätzliche Kategorie, die Semisubstanzlandwirtschaft, geschaffen. In Deutschland wird sie statistisch i. d. R. nicht oder nur in geringem Umfang erfasst.



Foto: J. Böttcher

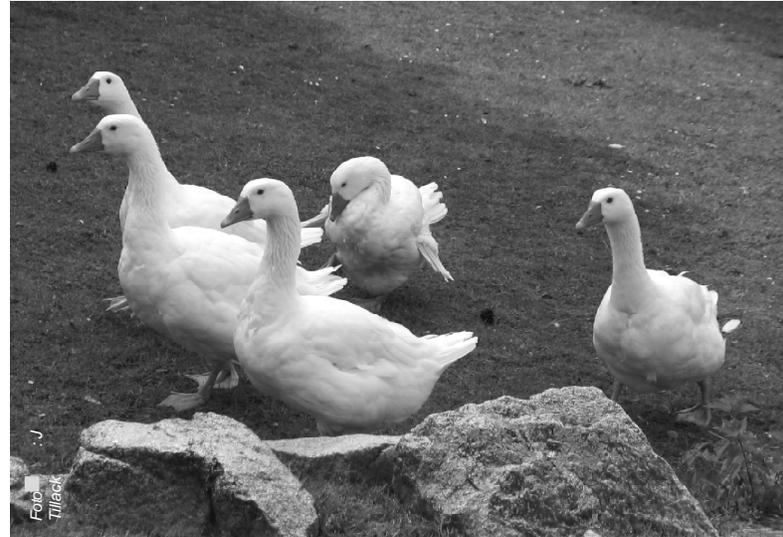


Foto: Tillack

### Befragung im Landkreis Müritz

Im Landkreis Müritz, südöstliches Mecklenburg-Vorpommern, wurden zwischen September und November 2005 33 Kleinerzeuger in 15 Dörfern persönlich mit einem standardisierten Fragebogen befragt. Ihre Auswahl erfolgte durch die jeweiligen Bürgermeister. Die vorwiegend halboffenen bzw. offenen Fragen bezogen sich auf den Umfang der landwirtschaftlichen Kleinerzeugung, die Verwendung der Produkte, wirtschaftliche Aspekte, den Arbeitsaufwand sowie insbesondere auf die Motivation und die zukünftige Perspektive. Bei der Untersuchungsregion handelt es sich um einen peripheren, strukturschwachen Raum, der sehr dünn besiedelt ist (rd. 40 Einwohner je km<sup>2</sup>). Die Orte sind klein strukturiert und weisen zwischen 70 und 150 Einwohner auf. Sie liegen in einer Entfernung von rd. 30 km zur nächst größeren Stadt, Neubrandenburg, mit 68 000 Einwohnern.

### 40 % der Befragten erwerbstätig

Die Erhebung umfangreicher soziodemografischer Daten über möglichst alle Personen in den Haushalten der Befragten ergab, dass Kleinerzeugung vor allem durch Mehrpersonenhaushalte (94 %) sowie von Personen im Alter zwischen 41 und 70 Jahren (82 %) betrieben wird. 60 % der Kleinerzeuger sind Frauen, der geringere Anteil der Männer lässt sich vor allem mit einer häufigeren Berufstätigkeit von Männern erklären. Insgesamt sind nur 40 % der Befragten erwerbstätig (sowohl der Interviewpartner als auch der Ehe- bzw. Lebenspartner), während die übrigen 60 % Rentner/Vorruheständler (36 %) oder arbeitslos (24 %) sind. Von den Berufstätigen sind die meisten im öffentlichen Dienst beschäftigt. Nur einer der Befragten ist in der Landwirtschaft tätig. Dieser Anteil lag zu DDR-Zeiten bei 55 %. Entsprechend der niedrigen Erwerbsbeteiligung sind die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unterdurchschnittlich: 42 % der Befragten verfügen über 1 000 € oder weniger im Monat, 46 % über 1 000 bis 2 000 € und nur 12 % über ein Einkommen von mehr als 2 000 €. Die meisten der befragten Personen

sind bereits lange ortsansässig (70 % 20 Jahre und länger) und üben eine Kleinlandwirtschaft entsprechend lange aus.

### Überwiegend Verarbeitung der Produkte durch die Kleinerzeuger selbst

Die durchschnittliche Grundstücksgröße beträgt 2 000 m<sup>2</sup>. Es dominiert die Nutzung als Gartenland mit durchschnittlich 510 m<sup>2</sup> und als Grünland mit durchschnittlich 1 100 m<sup>2</sup>, eine Ackernutzung ist dagegen nur in vier der befragten Fälle anzutreffen. 94 % der Kleinlandwirte halten Tiere, vor allem Legehennen, Masthähnchen, Enten und Kaninchen, während Rinder, Schafe, Schweine und Pferde nur selten (ein bis vier Befragte) gehalten werden. Bei allen Kleinerzeugern spielt die Verarbeitung der Erzeugnisse in Form von Schlachten, Saffherstellung, Einfrieren usw. eine große Rolle. Die Produkte werden überwiegend für den Eigenverbrauch (59 %) verwendet, eine Abgabe an Kinder, Verwandte und Freunde spielt ebenfalls eine größere Rolle (29 %), während professioneller Verkauf (8 %) oder Absatz in der Nachbarschaft (4 %) eher untergeordnete Bedeutung aufweisen. Letztlich erzielen nur sieben der

befragten Kleinerzeuger regelmäßig Einkünfte aus dem Verkauf ihrer Produkte: im Durchschnitt 61,- € je Monat. Für den Zukauf von Betriebsmitteln (vor allem Saatgut und Futtermittel) sowie Jungtieren werden im Durchschnitt 386,- € im Jahr aufgewendet.

Schwer fiel den Befragten die Quantifizierung der aufgewendeten Arbeitszeit, da eine klare Abgrenzung zu anderen Tätigkeiten nicht vorgenommen wird. Durch intensives Nachfragen konnten Näherungsgrößen ermittelt werden. Im Durchschnitt und unter Berücksichtigung des saisonal unterschiedlichen Arbeitsanfalls ergibt sich eine Arbeitszeit von 3,4 Stunden pro Tag bzw. 1 240 Arbeitsstunden im Jahr. Dies entspricht etwa der Größenordnung von Nebenerwerbsbetrieben. Die anfallende Arbeit wird überwiegend vom „Betriebsleiterehepaar“ (92 %) erledigt. Nachbarschaftliche Zusammenarbeit oder auch die Inanspruchnahme von Dienstleistungen spielt praktisch keine Rolle.

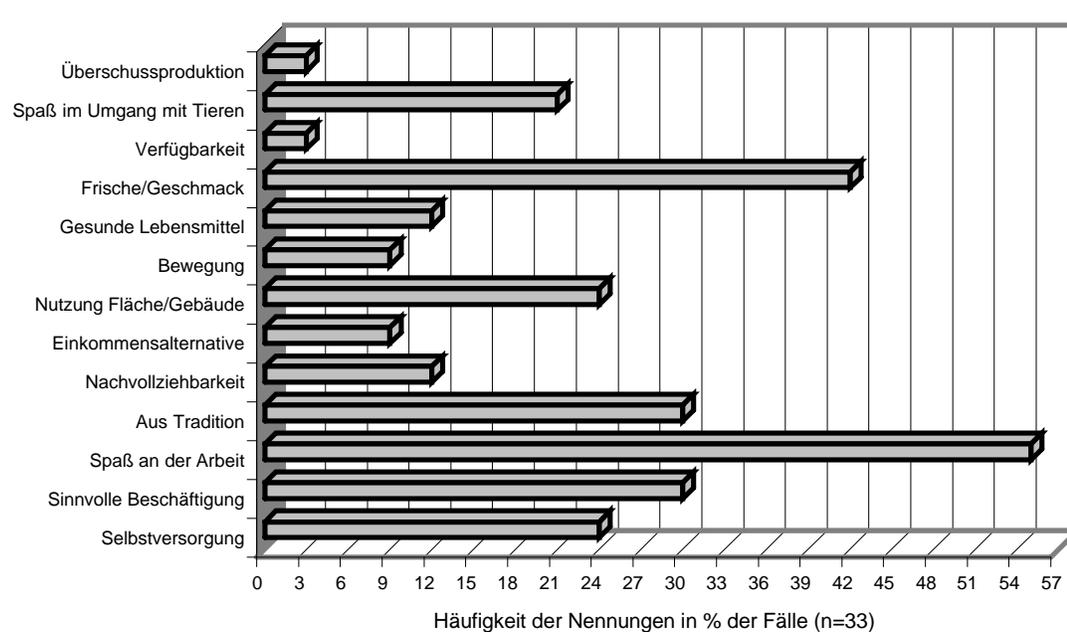
### Kleinlandwirtschaft ist Hobby

Bei den befragten Kleinlandwirten zählen die immateriellen Werte mehr als die ökonomischen Gründe. Kleinerzeugung ist ein Hobby in Form einer eigenständigen Gestaltung der Freizeit durch Arbeit. Als Motive (s. Abb. 1) werden überwiegend „Spaß an der Arbeit“, „aus Tradition“ bzw. „sinnvolle Beschäftigung“ und die Qualität der Produkte („Frische/Geschmack“, „Selbstversorgung“) angegeben, während der Einkommensbeitrag zum Haushaltseinkommen von den Befragten als eher niedrig eingeschätzt wird. In Zeiten hoher Unterbeschäftigung hat für von Arbeitslosigkeit betroffene Personen vor allem die Möglichkeit, den Tagesablauf sinnvoll zu gestalten, eine große Bedeutung.

### Zukünftig eher weniger Kleinerzeuger

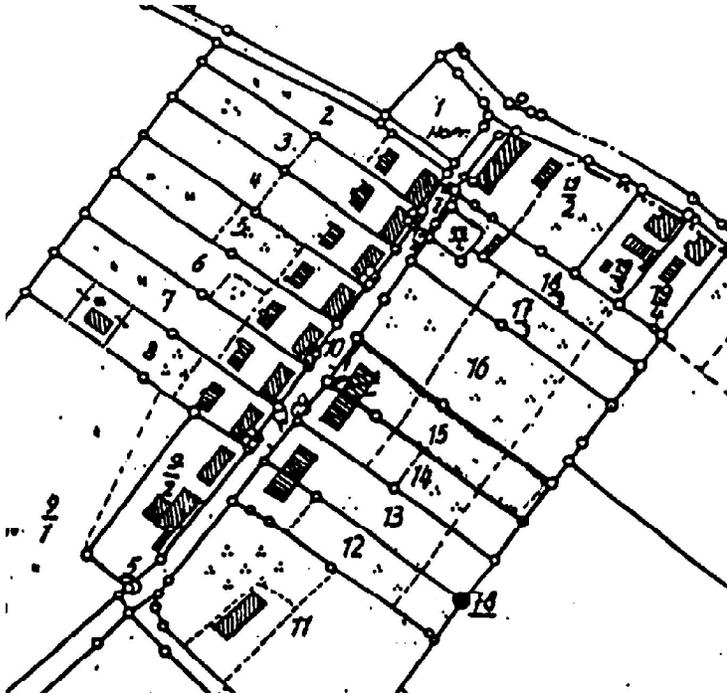
94 % der Befragten möchten ihre Kleinlandwirtschaft auch zukünftig fortsetzen, machen dies aber vom persönlichen Gesundheitszustand, von einem potenziellen neuen Arbeitsplatz bzw. der Notwendigkeit eines Wegzuges aufgrund einer neuen Arbeitsstelle abhängig. Keine der befragten Personen beabsichtigt, die Kleinlandwirtschaft zukünftig zu erweitern, z. B. zum Nebenerwerbsbetrieb, dagegen möchten 21 % diese verringern.<sup>2</sup> Perspektivisch betrachtet bedeutet dies, dass die Zahl der Kleinlandwirte und der Umfang landwirtschaftlicher Produkte aus Kleinerzeugung in Zukunft tendenziell zurückgehen werden.

Abbildung 1: Beweggründe für die Kleinerzeugung



Quelle: Eigene Darstellung. Mehrfachnennungen möglich.

<sup>2</sup> Bei der Beantwortung dieser Frage spielte die Auflage zur Geflügelhaltung (Stallpflicht wegen der Vogelgrippe) zum Zeitpunkt der Befragung eine gewisse Rolle.



Flurkarte mit an der Straße liegenden Wohn- und dahinter befindlichen Wirtschaftsgebäuden

Da landwirtschaftliche Kleinerzeugerbetriebe vielfältige gesellschaftlich gewünschte Funktionen im ländlichen Raum übernehmen können, wäre ihr langfristiger Erhalt als Bestandteil des ländlichen Raumes und ländlichen Lebens wünschenswert. So ist der Beitrag zum Erhalt landwirtschaftlicher und ländlicher Traditionen wichtig. Beispielsweise geschieht durch sie eine Vermittlung ländlichen Arbeitslebens. Mit den vorgenommenen Investitionen in Wohn- und Wirtschaftsgebäude wird die vorhandene Bausubstanz genutzt und damit ein vielseitiges und typisches Dorfbild in einer ansonsten durch großbetriebliche Agrarstrukturen geprägten Landschaft erhalten. Ohne Kleinlandwirtschaften würde die traditionelle Agrarfunktion aus vielen Dörfern verschwinden.

## Zukünftige Ressortforschung des BMELV an vier Bundesforschungsinstituten

Das neue Ressortforschungskonzept des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) sieht eine Umwandlung der jetzigen sieben Bundesforschungsanstalten mit 71 Instituten an 35 Standorten in vier Bundesforschungsinstitute mit 49 Instituten an 21 Standorten vor. Diese werden bzw. wurden nach herausragenden Persönlichkeiten der Agrarforschung benannt, und zwar Bundesforschungsinstitut für

- Kulturpflanzen in Quedlinburg nach dem Phytopathologen Johannes Kühn,
- Tiergesundheit auf der Insel Riems nach dem Mediziner und Bakteriologen Friedrich Löffler,
- Ernährung und Lebensmittel in Karlsruhe nach dem Physiologen und Begründer der moder-

nen Ernährungswissenschaft Max Rubner,

- ländliche Räume, Wald und Fischerei in Braunschweig nach dem Agrarwissenschaftler, Nationalökonom und Sozialreformer Johann Heinrich von Thünen.

Entgegen der ursprünglichen Absicht bleibt auch das Institut für den Ökologischen Landbau in Trenthorst erhalten. Dort, wo Standortschließungen stattfinden, hat sich das BMELV um Nachnutzungen bemüht und teilweise schon Vereinbarungen getroffen. Von den derzeit 2 700 Planstellen sollen 350 bis zum Jahr 2014 abgebaut werden. Die Umsetzung des Konzeptes soll überwiegend in den nächsten fünf Jahren, spätestens in zehn Jahren abgeschlossen sein.

### Neue Forschungsschwerpunkte

Das neue Konzept sieht andere Forschungsschwerpunkte als bisher vor. So sollen die Bereiche Entwicklung ländlicher Räume, Anpassungen an Klimaveränderungen, gesunde und sichere Ernährung, Erhalt genetischer Ressourcen, Biodiversität und Gentechnik gestärkt werden. Eingeschränkt werden dagegen die Züchtung von Pflanzen und Tieren sowie die Landtechnik. Die Forschung zum landwirtschaftlichen Bauen wird ganz aufgegeben.

## Frauen tragen die ländliche Entwicklung

**Interview mit der scheidenden Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv), Erika Lenz, über die erfolgreiche Sanierung des Verbandes und spürbare Fortschritte beim Bohren dicker Bretter.**

**A**ls Sie 1999 in das Präsidentenamt gewählt wurden, lag der dlv nach dem finanziellen Desaster der 100-Jahr-Feier in Berlin und anschließenden internen Querelen am Boden. Wie ernst war die Lage damals tatsächlich?

**Lenz:** Zumindest war es zu Beginn des Jahres 1999 keineswegs sicher, dass der Verband eine Zukunft haben würde. Wir haben nach meinem Amtsantritt in vielen Gesprächen erreicht, dass zerbrochenes Vertrauen zwischen Verbandsmitgliedern wieder aufgebaut wurde und sich allmählich ein Gefühl des Miteinanders entwickeln konnte.

*Dabei dürfte auch die finanzielle Sanierung eine Rolle gespielt haben ...*

**Lenz:** Selbstverständlich. Mit einer Sonderumlage haben alle LandFrauen ihren Beitrag geleistet. Dadurch konnten wir die bestehenden finanziellen Forderungen erfüllen. Inzwischen steht der Verband wirtschaftlich auf sehr guten Füßen. Mit dem gegenwärtigen Haushalt geht der dlv in eine gute Zukunft.

*Sind die Wunden inzwischen vernarbt, sodass der Verband wieder politisch voll handlungsfähig ist?*

**Lenz:** Ohne jeden Zweifel, ja. Nach meiner Erinnerung war es bei einem Empfang anlässlich meines 60. Geburtstages im Jahr 2002, dass ich das Gefühl hatte, wir blicken nicht mehr zurück, sondern gemeinsam nach vorn und es entsteht ein neuer Geist der Kooperation. Seither ist auch unser Gewicht gegenüber der Politik wieder gewachsen. Wurde ich in den ersten zwei bis drei Jahren meiner Amtszeit als dlv-Präsidentin noch ständig auf unsere Probleme angesprochen, spielten danach nahezu ausschließlich inhaltliche Fragen eine Rolle. Inzwischen kann ich ohne Abstriche sagen: Wir werden von der Politik auf allen Ebenen ernst genommen.

*In kaum einer politischen Rede zum Thema LandFrauen werden deren Rolle und die Bedeutung des dlv nicht gelobt. Sind Sie zu brav?*

**Lenz:** Ja. Vielleicht ist die nächste Generation etwas rebellischer. Als ich als dlv-Präsidentin angefangen habe, war die Situation nun einmal nicht so, sich lautstark in der politischen Auseinandersetzung Gehör zu verschaffen.



Foto: dlv

Erika Lenz wurde 1942 auf einem Hof im niedersächsischen Wallensen im Kreis Hameln geboren. Sie ist von Beruf Hauswirtschaftsleiterin. Gemeinsam mit ihrem Mann führt die Mutter von drei Töchtern den landwirtschaftlichen Betrieb Hof Neverfelde im schleswig-holsteinischen Bad Malente. Bereits seit den 60er Jahren bietet der Betrieb auf Initiative von Frau Lenz „Urlaub auf dem Bauernhof“ an. Seit fast drei Jahrzehnten engagiert sie sich bei den LandFrauen. Von 1979 bis 1995 war sie Vorsitzende ihres heimatlichen LandFrauenvereins Eutin, von 1989 bis 2005 Vorsitzende des LandFrauenverbandes Schleswig Holstein. Zur dlv-Präsidentin wurde sie im Februar 1999 gewählt. Auf dem Deutschen LandFrauentag am 27. Juni 2007 in Bamberg wird die dann 65-Jährige ihr Amt aufgeben.

Das bedeutet allerdings nicht, dass wir Leisetreterei betreiben. Wenn wir uns jetzt zu Wort melden, haben wir berechnete Anliegen, Forderungen und Wünsche. Aber der Ton, den wir anschlagen, ist moderat. Für uns ist entscheidend, in der Sache etwas zu erreichen, nicht Schlagzeilen zu produzieren.

*Seit langem mahnen Sie an, die Kenntnisse in der Hauswirtschaft vor allem bei Kindern zu verbessern. Dafür ernten Sie breite Zustimmung, aber in der Sache tut sich wenig ...*

**Lenz:** Dem muss ich widersprechen. Es ist richtig, dass wir über Jahre auf Defizite in der Hauswirtschaft hingewiesen haben. Für uns war immer klar, dass dieses Problem eine gesellschaftspolitische Dimension hat. Erst langsam wird erkannt, dass wir Recht haben. Ich denke nur an die Probleme der falschen Ernährung von Kindern. Sie liegen nicht zuletzt darin begründet, dass das Wissen in vielen Familien über gesunde Ernährung und deren Zubereitung nicht mehr vorhanden ist.

*Trotzdem gibt es das von Ihnen immer wieder geforderte Schulfach „Hauswirtschaft“ noch immer nicht.*

**Lenz:** Zugegeben. Aber wir sind in der Frage „Hauswirtschaft“ auf einem sehr guten Weg. Das zeigen nicht nur die politischen Diskussionen, die heute ganz anders laufen als noch vor einiger Zeit; das zeigt auch der vorliegende Bewilligungsbescheid des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur Förderung eines mehrjährigen Projekts, in dessen Rahmen ein sog. „Ernährungsführerschein“ in 3. Grundschulklassen angeboten wird. Das ist ein wichtiger Einstieg und bringt die Kompetenz der LandFrauen in einem ganz entscheidenden Bereich zur Geltung.

*Sie haben wiederholt auf den Stellenwert der Hauswirtschaft für Einkommenskombinationen von landwirtschaftlichen Familien hingewiesen. Spiegelt sich die Bedeutung der Einkommenskombination in der agrarpolitischen Diskussion hinreichend wider?*

**Lenz:** Aus meiner Sicht: eindeutig nein. Soweit ich das beurteilen kann, liegen bislang kaum verlässliche Daten über die Einkommensbeiträge vor, die Erwerbszweige wie Urlaub auf dem Bauernhof, Bauernhofcafés oder Direktvermarktung zum Einkommen landwirtschaftlicher Familien beitragen. Bereits mehrfach hat der dlV entsprechende Statistiken im Agrarbericht des Bundeslandwirtschaftsministeriums angemahnt, bislang ohne jeden Erfolg. Ich bin mir sicher, dass manche Diskussionen eine andere Ausrichtung bekämen, wenn bekannt wäre, wie wichtig Einnahmen aus Einkommenskombinationen für die Landwirtschaft sind.

*Mit der 2. Säule verfügt die Agrarpolitik über ein Instrument, mit dem gezielt die Einkommensdiversifizierung gefördert werden kann. Reicht Ihnen diese finanzielle Ausstattung aus?*

**Lenz:** Nein. Ich persönlich halte es für unbedingt erforderlich, mehr Mittel von der 1. in die 2. Säule umzuschichten und zwar möglichst bald.

*Sie plädieren für eine höhere Modulation bei der Gesundheitsüberprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik im Jahr 2008?*

**Lenz:** Gerade für LandFrauen ist die 2. Säule von entscheidender Bedeutung. Sie kann dazu beitragen, landwirtschaftliche Existenzen zu sichern und ländlichen Räumen neue Impulse zu geben. Die 2. Säule wird nach meiner persönlichen Überzeugung das ent-

scheidende Förderinstrument der Zukunft für ländliche Räume sein. Wir sollten daher in der Tat bereits 2008 anfangen, mehr Mittel für die 2. Säule zu mobilisieren, und sie ab 2013 weiter ausbauen.

*Was halten Sie davon, die Förderung im Rahmen der ländlichen Entwicklung stärker für nichtlandwirtschaftliche Bereiche zu öffnen?*

**Lenz:** Ich denke, wir sollten diese Frage sorgfältig prüfen. Es kann nicht darum gehen, an jedem Platz einen Dorfbrunnen zu fördern. Die Förderung sollte jedoch die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Regionen insgesamt im Blick haben. Da spielen das Handwerk, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen oftmals eine mindestens so große, in den meisten Fällen wohl größere Rolle als die Landwirtschaft. Dem sollte die Förderung Rechnung tragen. Gleichzeitig sollte bei der Ausgestaltung der Förderung ein stärkeres Augenmerk auf Maßnahmen gelegt werden, die speziell auf Frauen zugeschnitten sind. Frauen sind in vielen Fällen die eigentlichen Träger der ländlichen Entwicklung.

*Können staatliche Programme zur ländlichen Entwicklung die Bevölkerungsabnahme in ländlichen Räumen stoppen?*

**Lenz:** Zumindest können alle Maßnahmen, die der Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen dienen, einem Kernproblem vieler wirtschaftsschwacher ländlicher Gebiete entgegenwirken, nämlich der Abwanderung junger und gut ausgebildeter Frauen. In Regionen, in denen es uns nicht gelingt, für diese Frauen Arbeitsplätze in erreichbarer Entfernung zu schaffen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, werden wir die Abwärtsentwicklung kaum stoppen können.

*Welchen Stellenwert messen Sie der Versorgung mit Breitbandanschlüssen bei?*

**Lenz:** Breitbandanschlüsse sollten wie Strom und Wasser zur Grundversorgung gehören. Der Staat darf sich nicht zurücklehnen und der Wirtschaft das Feld überlassen. Er ist vielmehr gefordert, selbst aktiv zu werden und Anreize zu schaffen, wenn die Anschlüsse anderweitig nicht geschaffen werden. Möglicherweise kann man damit nicht jedes abgelegene Dorf erreichen, aber ganze Landstriche von dieser Entwicklung abzukoppeln, würde bedeuten, sie aufzugeben. Das darf der Staat nicht zulassen. Das dafür angedachte Förderprogramm reicht nach meiner Einschätzung allerdings bei weitem nicht aus. Hier wird man schon mehr tun müssen, um Wirkung zu erzielen.

*Haben die Ergebnisse der FAL-Studie Sie überrascht, nach denen ein Großteil der Frauen in ländlichen Räumen die Zukunftsperspektiven für sich und insbesondere für ihre Kinder eher düster beurteilt?*

**Lenz:** Ja, weil meine Erfahrung aus vielen Gesprächen mit LandFrauen eine andere ist. Was mir am meisten begegnet, sind Tatkraft und Optimismus, trotz aller Probleme. Gerade in der Landwirtschaft und den angrenzenden Bereichen schätzen viele Frauen die Unabhängigkeit und die Vorzüge des Landlebens wie Vertrautheit, Gemeinschaft, kulturelle Vielfalt. Gleichzeitig sind gerade viele junge Frauen unzufrieden mit dem engen Finanzkorsett und suchen nach Verbesserungen.

*Der dlV wird nach wie vor als Interessenverband der Bäuerinnen wahrgenommen. Stört Sie das?*

**Lenz:** Es stört mich nicht, aber es entspricht auch nicht der Realität. Längst bilden Frauen mit nichtlandwirtschaftlichen Berufen in den meisten unserer Ortsvereine die Mehrheit, auch wenn die überwiegende Zahl der Mitglieder aus der Landwirtschaft stammt oder einen familiären Bezug zur Landwirtschaft hat. Der Anteil der Bäuerinnen schwankt regional sehr stark. Insgesamt sind die Bäuerinnen aber in der Minderheit. Dies verleiht aber gleichzeitig unseren agrarpolitischen Positionen ein besonderes Gewicht, weil wir sie zuvor mit Frauen diskutiert haben, die eine Sicht von außen auf die Landwirtschaft haben und vielfältige gesellschaftliche Anliegen vertreten.

*Was können die LandFrauenvereine tun, um in Zukunft hinreichend attraktiv gerade für junge Frauen zu bleiben?*

**Lenz:** Indem sie offen sind für Themen, die die Frauen bewegen. Von großer Bedeutung sind auch der Austausch mit anderen und das Kennenlernen von deren Erfahrungen und Sichtweisen. Der dlV bildet mit seinen rund 550 000 Mitgliedern das größte Frauennetzwerk im ländlichen Raum. Dieses Netzwerk funktioniert und wird genutzt. Gleichzeitig wägen LandFrauen heutzutage viel stärker ab, ob ihnen ein Vortrag oder ein Seminar unmittelbar etwas bringt, beispielsweise für ihre unternehmerischen Aktivitäten. Mit der Weiterbildung zur Agrarbürofachfrau ist den LandFrauenverbänden im dlV ein Angebot gelungen, das auf große Resonanz gestoßen ist und das wieder junge Bäuerinnen an den Verband gebunden hat.

*Zuletzt sind verstärkt Forderungen laut geworden, in der Alterssicherung der Landwirte neue Befreiungsmöglichkeiten für Nebenerwerbsbäuerinnen zu schaffen. Befürworten Sie das?*

**Lenz:** Wir werden das Thema in unseren zuständigen Gremien noch eingehend erörtern. Ich habe ein gewisses Verständnis für Frauen, die aufgrund der engen finanziellen Spielräume auf den Betrieben am liebsten der Alterssicherung den Rücken kehren möchten, um Beiträge zu sparen. Allerdings darf dies unter keinen Umständen dazu führen, die eigenständige Bäuerinnensicherung insgesamt in Frage zu stellen. Der LandFrauenverband hat fast zwei Jahrzehnte für diese Regelung gekämpft. Dies darf jetzt nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, indem eine Schleuse geöffnet wird, die das System in Frage stellt.

*Ebenfalls auf der Tagesordnung steht eine weitergehende Organisationsreform in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Sind Sie für einen Bundesträger?*

**Lenz:** Ich persönlich ja, unter zwei Bedingungen. Zum einen muss die ortsnahe Betreuung der Versicherten auch in Zukunft gegeben sein. Zum andern müssen sich die verschiedenen landwirtschaftlichen Strukturen und die Unterschiede zwischen den Regionen weiterhin in der Beitragsgestaltung niederschlagen können. Ist dies gewährleistet, lässt die sinkende Zahl der Versicherten kaum eine andere Alternative als einen bundesweit zuständigen Träger zu.

*Bundesfamilienministerin von der Leyen will die Zahl der Krippenplätze in Deutschland deutlich erhöhen, um mehr Frauen die Möglichkeit zu geben, möglichst schnell nach der Geburt ihres Kindes in den Beruf zurückzukehren. Wie finden Sie ihre Pläne?*

**Lenz:** Großartig. Das entspricht einer alten Forderung des LandFrauenverbandes. Wir haben uns die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf seit vielen Jahren auf die Fahnen geschrieben. Gerade junge Frauen in den Dörfern wollen zumeist nicht nur Mutter und Hausfrau sein, sondern so bald wie möglich in ihren erlernten Beruf zurückkehren. Das sollte ihnen der Staat ermöglichen. Das bedeutet nicht, eine bestimmte Lebensform vorzuschreiben. Stattdessen geht es darum, die Realität zur Kenntnis zu nehmen und Wahlmöglichkei-

ten zu schaffen. Völlig indiskutabel ist allerdings der Vorschlag, die Finanzierung der Krippenplätze aus dem Kindergeld sicherzustellen. Man kann nicht Familien fördern wollen, indem man ihnen auf der einen Seite etwas gibt und auf der anderen Seite wieder wegnimmt. Gleichzeitig müssen wir aber aufpassen, dass die ländlichen Räume bei der Mittelverteilung zugunsten von Krippenplätzen nicht zu kurz kommen. Diese Forderung haben wir der Familienministerin bereits mitgeteilt.

*Wenn Sie sich Ende Juni dieses Jahres auf dem Deutschen LandFrauentag in Bamberg verabschiedet haben, wie fällt ihre persönliche Bilanz nach acht Jahren dlv-Präsidentin aus?*

**Lenz:** Sie fällt aus meiner Sicht positiv aus. Wir haben in dieser Zeit einiges erreicht für die Frau-

en im ländlichen Raum. Für den Verband sind wichtige Weichenstellungen erfolgt, die auch in Zukunft ein erfolgreiches Wirken ermöglichen. Inhaltlich haben wir eine Vielzahl von Anstößen gegeben und in der politischen Diskussion unsere Position als eine wichtige Interessenvertretung für den ländlichen Raum gestärkt. Ich denke, dass gerade diese Funktion des dlv künftig noch an Bedeutung gewinnen wird. Leider noch in den Anfängen ist die Vernetzung des LandFrauenverbandes auf internationaler Ebene. Vor allem innerhalb der Europäischen Union sollte die Zusammenarbeit zwischen den LandFrauenorganisationen verstärkt werden. Dies dient wiederum dem Erfahrungsaustausch, aber auch der Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Politik.

Rainer Münch

## Die Förderung des Landtourismus in Sachsen

Gabriele Vogel und Dr. Angela Kunz\*

**Im Jahr 2004 wurden im Rahmen einer schriftlichen Befragung der seit 1993 geförderten Anbieter von Beherbergungskapazitäten Daten zum gegenwärtigen Stand der Entwicklung im Freistaat Sachsen erhoben. Aufgrund der sehr hohen Rücklaufquote von 74 % liegen nunmehr repräsentative Ergebnisse von 468 Beherbergungsanbietern zur aktuellen Struktur und Auslastung der geförderten Beherbergungsangebote vor.**

**D**ie im Rahmen der Struktur- und Fondsförderung durchzuführenden Evaluierungen können aufgrund der fehlenden Datenbasis nicht in ausreichendem Maße regional spezifische Entwicklungen herausarbeiten. Deshalb wurden im Rahmen einer Vollerhebung alle

seit 1993 geförderten Anbieter von Beherbergungskapazitäten im Freistaat Sachsen zu ihrem aktuellen Angebot befragt. Erstmals liegt nun eine komplexe Datenlage vor, die eine Bewertung der geförderten Beherbergungskapazitäten zulässt. Mit der Befragung

wurden 3 252 Betten erfasst. Zum Zeitpunkt der Erhebung weist die amtliche Beherbergungsstatistik des Freistaates Sachsen 111 697 Betten aus. Somit liegen näherungsweise für 3 % der sächsischen Beherbergungskapazität detaillierte Aussagen vor.

\* Gabriele Vogel, Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft, Fon (03 51) 26 12 447, E-Mail Gabriele.Vogel@smul.sachsen.de

Dr. Angela Kunz, Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft, Fon (03 51) 26 12 412, E-Mail Angela.Kunz@smul.sachsen.de

**Tabelle 1: Anteil des Einkommens aus der Vermietung am Gesamteinkommen**

Anteil des Einkommens aus der Vermietung am Gesamteinkommen	Anteil der Anbieter (n = 401)
Zusatz Einkommen (weniger als 30 % vom Gesamteinkommen)	83 %
Nebeneinkommen (zwischen 30 % und 50 % vom Gesamteinkommen)	12 %
Haupt Einkommen (über 50 % vom Gesamteinkommen)	5 %

**Quelle: LfL-Befragung 2004**

**Zusatz Einkommen überwiegt**

Ziel der Förderung des Landtourismus ist es, der Bevölkerung in ländlichen Erholungsgebieten „eine zusätzliche Einnahmequelle zu erschließen“<sup>1</sup>. Dieses Förderziel wurde erreicht. Über 80 % der Befragungsteilnehmer erklärten, dass sie aus der Vermietung ihrer Übernachtungskapazitäten ein Zusatz Einkommen erzielen (s. Tab. 1).

Allerdings ist der Ertrag des Zusatz Einkommens mit bis zu 30 % am Gesamteinkommen ausgesprochen niedrig. Diese Relation

zwischen den Einkommensgruppen resultiert unter anderem daraus, dass die Förderobergrenze im Betrachtungszeitraum bei 15 Betten festgesetzt und damit nicht in erster Linie auf Haupterwerb ausgerichtet war. Zu berücksichtigen ist auch, dass fast die Hälfte der Anbieter (48 %) neben der Bettenvermietung hauptberuflich in einem Anstellungsverhältnis steht. Ein Viertel der Befragten betreibt weitere Erwerbszweige (Dienstleistungen, Gastronomie, Land-, Forst- oder Fischwirtschaft u. a.). Darüber hinaus beziehen 20 % der Anbieter eine Rente, wobei über ein Viertel der Anbieter über 60 Jahre alt ist.

**Kleine Betriebsgrößen dominieren**

Betrachtet man die Einkommensverhältnisse im Zusammenhang mit der Gesamtbettenanzahl, so zeigt sich im Vergleich zu Ergebnissen einer Direktbefragung in Bayern, dass im geförderten Beherbergungsangebot Sachsens der Anteil kleiner Betriebe (weniger als sieben Betten) stark dominiert (s. Tab. 2).

Bei der Direktbefragung in Bayern lag der Anteil der Anbieter, die ein Neben- und Haupt Einkommen aus der Vermietung erzielen, bei 56 %.<sup>2</sup> Unabhängig von der Tatsache, dass aufgrund der landwirtschaftlichen Entwicklung in beiden Bundesländern die baulichen Strukturen unterschiedliche Voraussetzungen bedingen, lässt sich schlussfolgern, dass der Anteil der Wertschöpfung des Landtourismus auch über die Bettenanzahl pro Anbieter erhöht werden kann.

<sup>1</sup> Sächsisches Staatsministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten: Richtlinie zur Förderung von Urlaub auf dem Land (RL-Nr. 31/93; RL 31/94) und Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft für die Förderung des Landtourismus (RL-Nr.: 54/00)  
<sup>2</sup> Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft: Marktanalyse – Urlaub auf dem Bauernhof, München 2004, Teil 2, Seite 8

**Tabelle 2: Vergleich der Bettenanbieter nach Gesamtbettenanzahl zwischen Bayern (Quelle: Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft: Marktanalyse – Urlaub auf dem Bauernhof 2002, Ergebnisse einer Direktbefragung, München 2003) und Sachsen (Quelle: Befragung 2004)**

Bundesland	Marktanalyse Bayern 2002	Geförderte Bettenanbieter Sachsen 2004
Bettengruppierung		
Anzahl Bettenanbieter	132	468
	in Prozent (%)	in Prozent (%)
weniger als 7 Betten	10	58
7 bis 12 Betten	45	32
über 12 Betten	44	10
<b>Gesamt</b>	<b>99</b>	<b>100</b>

### Bettenauslastung vor allem in den Angebotskategorien Ferienwohnung/Ferienhaus besser

Die beste durchschnittliche Auslastung sowie die längste durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Monat Juli 2004 konnten die Befragungsteilnehmer aufweisen, die Ferienwohnungen oder Ferienhäuser anbieten. Diese sächsischen Ergebnisse werden unterstützt von Ergebnissen des Thüringer Landesverwaltungsamtes, die für die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft „Ferien auf dem Land in Thüringen“ die jährlichen Auslastungszahlen auswertet.

Die durchschnittliche Auslastung des geförderten Bettenangebotes weist regional große Unterschiede auf und war im Untersuchungsmonat Juli 2004 im Vergleich zum gewerblichen Beherbergungsangebot (Statistik ab 9 Betten) mit 20,4 % um die Hälfte geringer. Die Aufenthaltsdauer war mit durchschnittlich 4,5 Tagen um 1,6 Tage höher. Die beste regionale Auslastung zeigte sich in den Landkreisen Meißen, Sächsische Schweiz, Leipziger Land und Löbau-Zittau. Die Landkreise Sächsische Schweiz und Löbau-Zittau gehören mit zu den Förderschwerpunkten des Landtourismus.

### Qualitätssicherung weiterhin von großer Bedeutung

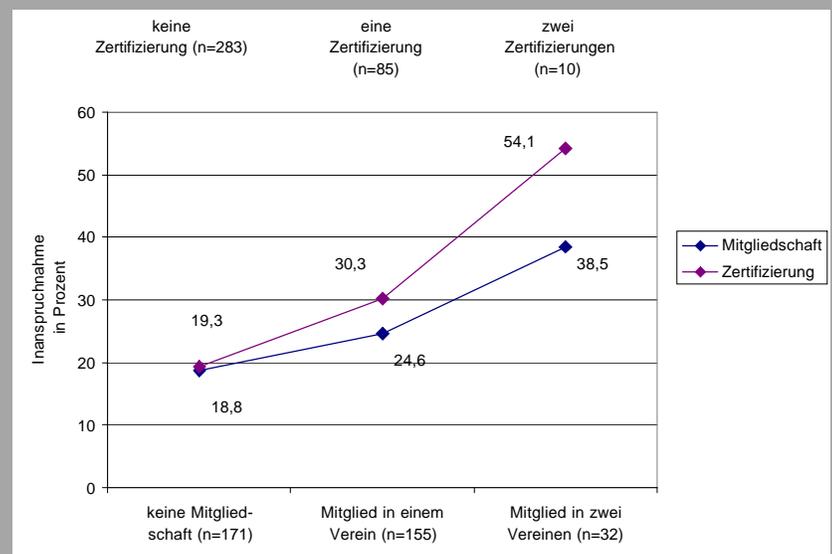
Maßgeblich für die Entscheidung, ein Übernachtungsangebot einzurichten, sind die vorhandenen Räume/Gebäude. Durchschnittlich wurden pro Bett 7 675 € investiert, wobei der Großteil der Anbieter (52,3 %) Ferienzimmer eingerichtet hat. Der Anteil an Ferienwohnungen liegt bei 42,4 %. Im Freizeitbereich dominieren

Grillplatz und Liegewiese. Anspruchsvollere Angebote mit entsprechender Zielgruppenorientierung sind nur bei einem Fünftel der Anbieter zu verzeichnen.

Die Qualitätsentwicklung des Beherbergungsangebotes wurde im Zusammenhang mit Zertifizierungen (DTV, DLG, Viabono u. a.) betrachtet. 27 % der Anbieter haben ihr Angebot zertifizieren lassen und weitere 14 % der Befragten zeigten Interesse an einer Zertifizierung. Für die Gruppe der zertifizierten Beherbergungsanbieter war eine deutlich höhere jährliche Inanspruchnahme zu verzeichnen als für die mit nicht zertifizierten Angeboten.

Die Positionierung der Beherbergungsangebote am Markt wird maßgeblich von der Qualität bestimmt, die mittels Zertifizierungen bewertet werden kann. Im Rahmen des Zertifizierungsverfahrens erhält der Anbieter die Möglichkeit, sein Angebot anhand von Prüfkriterien aktuell bewerten zu lassen und Schwachstellen aufzudecken. Diese Chancen der Zertifizierung noch stärker zu kommunizieren und gleichzeitig die Vielfalt der Zertifizierungen überschaubar und begründbar zu vermitteln, sind somit weiterhin Aufgaben aller Multiplikatoren im Tourismusgewerbe.

**Abbildung 1: Zusammenhang zwischen Inanspruchnahme<sup>3</sup> und Zertifizierung des Beherbergungsangebotes sowie zwischen Inanspruchnahme und Mitgliedschaft der Anbieter in touristisch orientierten Vereinen**



Quelle: Befragung 2004

<sup>3</sup> Inanspruchnahme des Beherbergungsangebotes = Verhältnis zwischen durchschnittlichen Beleg- und Schließ-tagen für das gesamte Beherbergungsangebot

### Zusammenschlüsse kleiner Betriebsgrößen fördern

Ein vergleichbares Ergebnis zeigte sich hinsichtlich der Mitgliedschaft in touristisch ausgerichteten Vereinen (Abb. 1). Diejenigen Anbieter, die sich für eine Mitgliedschaft im Tourismusverein entschieden haben, weisen eine höhere durchschnittliche Inanspruchnahme ihres Bettenangebotes auf als Nichtmitglieder. Aus den Befragungsergebnissen zeichnete sich aber auch ab, dass eine Interessenvertretung im Tourismusverein vor allem von Anbietern gewählt wird, die durchschnittlich über mehr als sechs Betten verfügen.

### Werbeaktivitäten in Abhängigkeit vom Einkommen aus der Bettenvermietung

Die Befragung zeigte deutlich, dass die Werbeaktivitäten des einzelnen Anbieters in direktem Zusammenhang zum erzieltem Einkommen aus der Vermietung stehen.

Der stärkste Gästezulauf wird aufgrund der Gästempfehlung an Freunde und Bekannte verzeichnet, gefolgt vom Beitrag durch die Internetpräsentation. Wenn berücksichtigt wird, dass der Interessent für Urlaub auf dem Land sehr gut über Internet erreichbar ist<sup>4</sup>, empfiehlt sich eine entsprechende Wichtung des Internetauftritts im gesamten Werbekonzept.

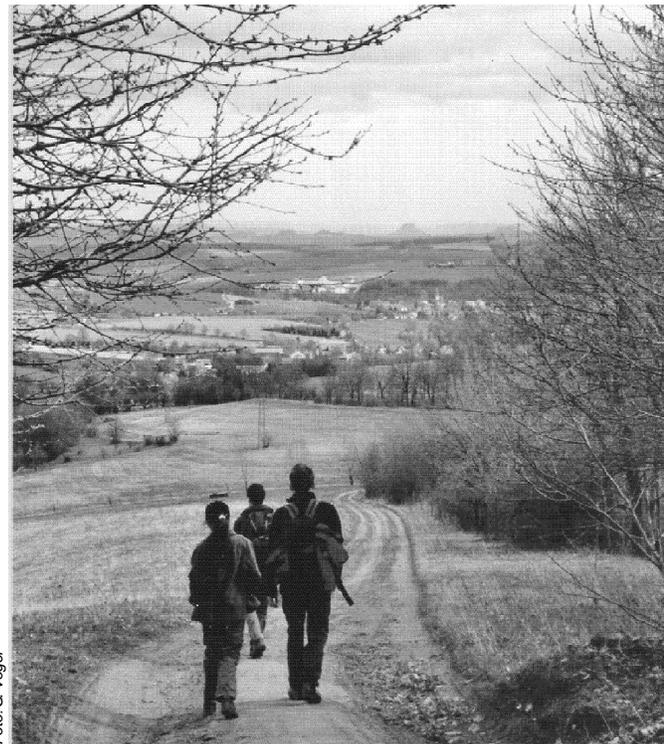
Bei der Vermarktung landtouristischer Angebote auf Landesebene ist in Sachsen zu beachten, dass nur 34 % der Anbieter ihr Bettenangebot in einem Bauernhaus ausgebaut haben, von denen zwei Drittel Landwirtschaft im Haupt- oder Nebenerwerb betreiben. Insgesamt sind nur ein Drittel der Befragungsteilnehmer in der Landwirtschaft (Haupt- oder Nebenerwerb) tätig. Das bedeutet, dass Urlaub auf dem Bauernhof eine spezielle Facette des sächsischen Landtourismus ist und darüber hinaus weitere Ansätze in der Außerdarstellung erforderlich sind.

### Nachfrageorientierte Investitionen geplant

Für die Zukunft plant die Hälfte der Befragungsteilnehmer Investitionen in das Beherbergungsangebot, wobei auch die Investitionsbereitschaft der Beherbergungsanbieter mit der Gesamtzahl der Betten steigt. Die Ziele der zukünftigen Investitionen sind:

- Angebotspezialisierung,
- Verbesserung Ausstattungsstandard,
- Verbesserung Freizeitangebot.

Allgemein zeichnet sich ab, dass die Absicht zu Erweiterung/Neuanschaffung ab einer Gesamtbettenanzahl von sechs gegenüber Renovierung/Modernisierung überwiegt.



Wanderer mit Blick in die Sächsische Schweiz

Foto: G. Vogel

<sup>4</sup> N.I.T.: Studie für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf der Basis der Reiseanalyse 2006, Urlaub auf dem Bauernhof – Urlaub auf dem Lande 2006, Seite 46

Rahmenbedingungen müssen stimmen

In einem weiteren Schwerpunkt der Befragung stand die touristische Infrastruktur im Mittelpunkt. Als Stärken des sächsischen Landtourismus wurden eingeschätzt:

- Landschaft und Natur,
- das vorhandene Wander- und Radwegenetz,
- die Vielfalt der Kultur- und Freizeitangebote.

Regional differenzierter Handlungsbedarf zeichnet sich in folgenden Schwerpunkten ab:

- Ausbau und Instandhaltung des Straßennetzes sowie Ausschilderung,
- Ausbau und Instandhaltung des Wander- und Radwegenetzes, z. B. fehlende Radwege an Staats- und Kreisstraßen, Wegenanbindung an angrenzende Bundesländer,
- Gastronomie (regionaltypische Angebote, Vielfalt, Öffnungszeiten),
- Einkaufsmöglichkeiten,
- Marketing.

Eine gute Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung des Landtourismus wurde den Staatlichen Ämtern für Landwirtschaft und den Staatlichen Ämtern für Ländliche Entwicklung bescheinigt. Reserven deuten sich in der Zusammenarbeit mit den Kommunen an.

### Unternehmertum fördern

Aus den Befragungsergebnissen ist abzuleiten, dass der Großteil der Anbieter die Bettenvermietung im Nebenerwerb betreibt und hauptberuflich nicht in der Tourismusbranche tätig ist. Des Weiteren zeichnet sich ein Generationswechsel bei den Vermietern ab. Das erfordert, dass die Entwicklung vom Bettenanbieter zum touristischen Unternehmer als fortlaufender Prozess angenommen und unterstützt wird. Neben der Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur sind die Vermittlung von unternehmerischem Know how und Marktkenntnissen von zunehmender Bedeutung. Die

landtouristischen Angebote werden sich am Markt nur behaupten können, wenn Qualität, Service und die entsprechende Vermarktung alleinstellungsfähiger und zielgruppenorientierter Angebote im Mittelpunkt stehen.

Die ausführlichen Befragungsergebnisse sind in zwei Teilen unter [www.landwirtschaft.sachsen.de/wu/Landwirtschaft/IfI/inhalt/4972.htm](http://www.landwirtschaft.sachsen.de/wu/Landwirtschaft/IfI/inhalt/4972.htm) zu finden:

- Kapazitäten im Landtourismus – Bewertung der Kapazitäten des Landtourismus in Sachsen, die auf der Grundlage der Richtlinien Urlaub auf dem Land/Landtourismus gefördert wurden (Teil I),
- Landtourismus – Marketing und Infrastruktur – Bewertung der Kapazitäten des Landtourismus in Sachsen, die auf der Grundlage der Richtlinien Urlaub auf dem Land/Landtourismus gefördert wurden (Teil II).

## ► Tag der Regionen „regional und fair“ am 30. September 2007 mit einem Aktionszeitraum vom 22. September bis 7. Oktober 2007

Der bundesweite Aktionstag will Erlebnisse schaffen, die den Verbrauchern/-innen die Zusammenhänge zwischen persönlicher Kaufentscheidung und den Entwicklungschancen der eigenen Region bewusst machen. Er will anregen, Konsumgewohnheiten zu überdenken, denn nach wie vor ist nur wenigen Verbrauchern/-innen bewusst, dass ihr Einkaufskorb die Funktion eines Stimmzettels erfüllt – für oder gegen ökologisch tragfähige Produkte, faire Vermarktungsmethoden oder gerechte Lebenschancen. Die Veranstaltungen sollen dazu anregen regionale Waren zu kaufen, lokale Dienstleister zu beauftragen und einheimische Rohstoffe zu verwenden.

Der Aktionstag findet dezentral in vielen Regionen Deutschlands statt. Akteure können sich in den beiden bundesweiten Koordinationsbüros oder unter [www.tag-der-regionen.de](http://www.tag-der-regionen.de) anmelden. Auf der Homepage gibt es viele Anregungen und Tipps zur Planung der Aktionen. Der Motivations-Folder, der kurz und knapp die Hintergründe und Ideen vermittelt, kann in den Koordinationsbüros bestellt werden

**Kontakt:** Koordinationsbüro Nord, Brigitte Hilcher, Fon (05643) 948537, Fax 05643-948803, [bund-nord@tag-der-regionen.de](mailto:bund-nord@tag-der-regionen.de); Koordinationsbüro Süd, Gisela Endt, Fon (09852) 1381, Fax 09852-615291, [bund-sued@tag-der-regionen.de](mailto:bund-sued@tag-der-regionen.de). Informationen.

## BLK verabschiedet Willi Siebert, Nachfolger ist Eckhard Stüwe

Ende März 2007 wurde der stellvertretende Geschäftsführer des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen (BLK), Direktor Willi Siebert, nach Vollendung seines 65. Lebensjahres in den Ruhestand verabschiedet. Siebert wurde 1998 von der Vertreterversammlung des BLK in dieses Amt berufen. Bereits vorher war er bei den Spitzenverbänden der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) in verschiedenen

Führungspositionen tätig. Siebert hat mitgeholfen, moderne agrarsoziale Strategien zu erarbeiten und umzusetzen, um den landwirtschaftlichen Krankenkassen und darüber hinaus dem gesamten Agrarsozialen Sicherungssystem eine nachhaltige, zukunftsfähige Ausrichtung zu geben. Sein Nachfolger wird Eckhard Stüwe, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Berufsgenossen-

schaften (BLB) und des Gesamtverbandes der landwirtschaftlichen Alterskassen. Geschäftsführer der drei Spitzenverbände ist Dr. Harald Deisler.

Die ASG wünscht Willi Siebert einen erholsamen Ruhestand und Eckhard Stüwe viel Erfolg bei seiner neuen Aufgabe. Sie freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit ihm.



## Unterm Strich

### Erbschaften und Erblasten für das Deutschland von morgen

#### Eine Generationenbilanz

In vielen Regionen Deutschlands schrumpft die Bevölkerung und die Zahl der Erwerbspersonen nimmt ab. Dies wirft viele Fragen auf: Brauchen weniger Menschen weniger Fläche und weniger Energie? Wird die Verringerung der Bevölkerung eine ganz andere Art der Naturnutzung hervorrufen, weil Qualität statt Quantität gefragt ist? Und wird der Bevölkerungsschwund neue Konzepte für Arbeit, Einkommen und gesellschaftliches Zusammenleben hervorrufen?

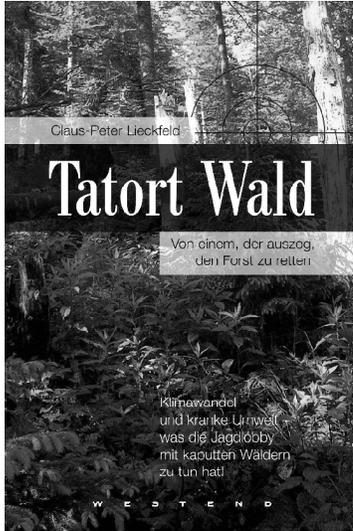
Auch wenn diese Fragen heute noch nicht abschließend zu beantworten sind, so wollen die „Beiträge zur Generationenbilanz Nachhaltigkeit“, Ergebnisse einer Studie im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung, sich von bloßen Problemanalysen absetzen und vielmehr zu einem Prozess und zu regionaler und lokaler Konkretisierung auffordern. Aufgezeigt werden die Erbschaften und Erblasten der deutschen Bevölkerung, die an die folgenden Generationen weitergegeben werden. Die Themen Siedlung, Demografie, Bildung, Zuwanderung, Naturschutz, Energie, Arbeit und Einkommen, Mobilität und Wachstum wurden unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit diskutiert und zusammengestellt. In



Volker Hauff, Günther Bachmann (Hrsg.): *Unterm Strich. Erbschaften und Erblasten für das Deutschland von morgen*. Oekom Verlag München 2006, 128 S., ISBN 3-86581041-1, 14,80 €.

Deutschland gibt es auf der einen Seite vielfältige Kulturlandschaften, die teilweise eine große biologische Vielfalt beinhalten, auf der anderen Seite aber zu wenig großräumige, miteinander verbundene Naturgebiete. Diese und andere ökologische Disparitäten zeigen die Autoren auf und geben Ratschläge, wie die Gesellschaft auf den Pfad zur Nachhaltigkeit kommen kann.





*Claus-Peter Lieckfeld: Tatort Wald. Von einem, der auszog, den Forst zu retten. Klimawandel und kranke Umwelt – was die Jagdlobby mit kaputten Wäldern zu tun hat! Westend Verlag Frankfurt/Main 2006, 248 S., ISBN 978-3-938060-11-7, 19,90 €.*

## Tatort Wald

### Von einem, der auszog, den Forst zu retten

Der Wald, Wasserspeicher und grüne Lunge, nimmt seine Funktion nicht mehr wahr, und diese negative Entwicklung hat in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen. Der Autor portraitiert Georg Meister als einen engagierten Kämpfer für den Erhalt eines naturnahen, stabilen Mischwaldes. Er ist als Förster und als Sohn eines Försters von Kindesbeinen mit dem Lebensraum Wald vertraut. Meister betont immer wieder, dass nicht nur Umweltverschmutzung allein den Wald belastet. Vor allem kurzfristige Gewinnoptimierung oder die Jagdleidenschaft einer Minderheit bedrohen seit mehr als sechs Jahrzehnten den Wald in seiner Existenz

und verhindern nachhaltige Forstprogramme. Die Folgen sind ein schwacher Wald, der Klimawandel, Stürmen und starken Niederschlägen nicht mehr trotzen kann. In seiner langjährigen Arbeit als Forstmann hat Georg Meister gezeigt, wie sich der Wald regenerieren kann. Das Portrait von ihm ist somit nicht nur eine kritische Bestandsaufnahme. Das Buch zeigt auch, wie ein gesunder Wald gedeihen kann und welche Rahmenbedingungen notwendig sind, denn der Klimawandel lässt sich mittelfristig nicht aufhalten, aber ein gesunder und starker Wald ist ein Schutz vor katastrophalen Folgen.

it

Landleben aktiv ist ein Baustein, um die Attraktivität der Grünen Berufe und das Image der Landwirtschaft positiv zu stärken. Das Evangelische Bauernwerk in Württemberg, die Katholische Landfrauenbewegung in der Erzdiözese Freiburg und die Westfälisch-Lippische Landjugend präsentieren gemeinsam ihr Angebot für Jugendliche, die ein Schnupperpraktikum auf einem Bauernhof machen wollen. Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, zwei bis acht Wochen auf einem Hof zu verbringen und bei allen anfal-

lenden Arbeiten mitzuhelfen. Dafür bekommen sie ein Taschengeld und werden direkt in die Landwirtschaftsfamilie integriert. Als neu gegründete Bundesarbeitsgemeinschaft Landleben gestalten die drei genannten Institutionen einen Online-Auftritt, der interessierte Jugendliche und Landwirtschaftsfamilien informiert.

Die übersichtlich gestaltete Navigationsleiste im linken Bildbereich leitet die Nutzer über die entsprechende Zielgruppe zum relevanten Informationsangebot

weiter. Wer sich anmelden möchte, wird je nach Regionsauswahl auf die Homepages des Bauernwerkes, der Katholischen Landfrauenbewegung oder der Westfälisch-Lippischen Landjugend navigiert. Erlebnisberichte von Teilnehmenden sollen das Online-Angebot demnächst ergänzen. Die freundliche Farbgestaltung und die Demonstration der vielfältigen Aufgaben durch eine geeignete Bildauswahl tragen zum einladenden Charakter der Internetseite bei.

cb

## Zitate - Folge 76 - Zitate - Folge 76

„Wir werden diese vaterlose Gesellschaft nicht weiter leben können. Frauen werden nicht beide Päckchen tragen können – die Verantwortung für Erziehung und für das Einkommen.“

- Ursula von der Leyen,  
Bundesfamilienministerin -

„Wir haben generell eine zunehmende Ungleichheit. Wenn die Ungleichheit größer wird, entwickelt sich auch Protest. Die heutige globalisierungskritische Bewegung etwa hat niemand vorausgesehen. Und es wird auch Protest gegen die Geschlechterungleichheit geben. Die Idee der Gerechtigkeit ist in der Welt, und die können Sie nicht wegschaffen.“

- Dr. Barbara Holland-Cunz,  
Professorin für Politikwissenschaft  
der Justus-Liebig-Universität, Gießen -

„In Belgien gehen wir sehr hart gegen Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung vor. Ich finde, wenn ein System gut zu den Menschen ist, kann man auch verlangen, dass die sich fair gegenüber der Gesellschaft verhalten.“

- Freya Van den Bossche, Haushaltsministerin  
und Vizepremier Belgien -

„Wir wollen die qualitätsorientierte Kinderbetreuung weiter voranbringen, da geht es um die Bildungsoffensive in der frühkindlichen Bildung, um die Hochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und die Qualifizierung von Kindertagesstätten zu Kinder-Eltern-Zentren.“

- Gerlinde Kuppe, Sozialministerin  
in Sachsen Anhalt -

## Zitate - Folge 76 - Zitate - Folge 76

## IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

**Herausgeber** Agrarsoziale Gesellschaft e.V.  
Postfach 11 44 / 11 45, 37001 Göttingen

**Geschäftsführer**  
Dr. Dieter Czech

**Redaktion**  
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning  
(0551) 49 709 - 26  
ines.fahning@asg-goe.de

Layout: Elisabeth Wegerle, Webdesignerin  
(0551) 49 709 - 32  
elisabeth.wegerle@asg-goe.de

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors/der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

**Erscheinungsweise** sechsmal im Jahr

**Druck** Konrad Pachnicke  
Güterbahnhofstraße 9  
37073 Göttingen

**Papier** 100 % Recycling-Papier

**Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise)**  
Nur mit Quellenangabe (Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Ländlicher Raum, ggf. Autor) erlaubt; Belegexemplar erbeten.

**Bestellungen und Abonentenservice**  
Fon (0551) 49 709 - 0  
Fax (0551) 49 709 - 16  
info@asg-goe.de  
www.asg-goe.de

Die Online-Ausgaben sind jeweils zehn Monate nach Drucklegung auf der ASG-Website als pdf-Datei verfügbar.

**Preise** Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum“ beträgt 36 € inkl. Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (72 €, Studenten 36 €) enthalten.

**Konto** Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:  
Sparkasse Göttingen  
Konto-Nr. 1 087 006  
BLZ 260 500 01

Die Herausgabe von „Ländlicher Raum“ erfolgt mit Förderung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.



## Ländliche Räume zwischen Lissabon-Strategie und Metropolregionen

ASG-Herbsttagung 2006: Vorträge und Diskussionen

Europäische Regionalpolitik und Lissabon-Strategie – Leitlinien der Gemeinschaft für den Förderzeitraum 2007 - 2013  
Rolf Gansauer/Constanze Krehl, MdEP, Leipzig

Metropolregionen und Lissabon-Strategie – Herausforderungen für ländliche Räume  
Wolfgang Reimer, Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

Mit Volldampf an der Nachhaltigkeit vorbei – zur Lissabon-Strategie und deren Fixierung auf alte Rationalitätsmuster  
PD Dr. Uta von Winterfeld, Wuppertal Institut, Wuppertal

Vernachlässigt und abgekoppelt? Ländliche Räume zwischen Lissabon-Strategie und Metropolregionen  
Dr. Karl-Peter Schön, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Der Rand der Verantwortungsgemeinschaft – Ländliche Räume und die Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels  
Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne, Universität Kassel, Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung

Ländliche Räume in einer städtischen Kultur – zur niederländischen Strategie in der Förderperiode 2007 - 2013  
Dr. Tjeerd de Groot, Botschaftsrat für Landwirtschaft, Natur und Lebensmittel, Botschaft des Königreichs der Niederlande

### DEMOGRAFISCHER WANDEL als Chance für neue Entwicklungsimpulse

#### ... im Osten

Dr. Wolfgang Weiss, Institut für sozialwissenschaftliche Regional- und Umweltforschung, Kreuzmannshagen

#### ... im Westen

Michael Glatthaar, Universität Kassel, FB 6, FG Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung

#### ... um die Kirche im Dorf zu lassen

Oberkirchenrat Dr. Thorsten Latzel, Referent Studien- und Planungsfragen im Kirchenamt der EKD, Hannover

### Wie die EU-AGRARPOLITIK unsere LANDSCHAFT verändert

#### ... Kulturlandschaft erhalten in peripheren Regionen – geht das mit der EU?

Patrick Sheridan, Institut für Betriebslehre der Agrar- und Ernährungswirtschaft, Justus-Liebig-Universität, Gießen

#### ... Energiepflanzen erobern die Landschaft

Johannes Hufnagel, Projektleiter Verbundprojekt Nachwachsende Rohstoffe, Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e.V., Müncheberg

#### ... Europaweite Landschaftsveränderungen (nicht nur) eine Frage der Ästhetik!

Frank Schumann, Leiter des Freien Instituts für interdisziplinäre Studien (FINIS e.V.)

